

Bezugspreis: Vierteljahr 2.00 M., monatlich 0.60 M., ...

MORWIRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 25. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Kadbruchs Justizprogramm.

In der Justizdebatte des Reichstags führte gestern Reichsjustizminister Genosse Dr. Kadbruch aus:

Der Richter aus allen Kreisen des Volkes in der Entscheidungsfähigkeit hat auch hier im Hause ein Echo gefunden...

erschreckende Inkonsistenz der politischen Verhältnisse

gutge. Ein Auftrag der „Reuzzeitung“ wirft die Frage auf: „Was geht den Richter die Form des Staates an?“

Gründung des Republikanischen Richterbundes begrüßt

und mit dem Kollegen Rahl nur bedauert, daß es einen solchen Bund geben muß, daß nicht die gesamte Richterschaft ein einziger republikanischer Richterbund ist.

eine Gesamterklärung.

die Richterschaft fest im Auge behalten sollte, weil auch die öffentliche Meinung das Auge fest auf diese Erscheinung richtet.

Sozialdemokratie und Sachleistungen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht Informationen aus der gestrigen vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Weder Fraktion noch Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei haben sich bisher mit der Frage beschäftigt, wie ja auch das Reichskabinett in seiner Gesamtheit zu den neuen Vorschlägen über die Organisation der Sachleistungen noch keineswegs eine verbindliche Stellung eingenommen.

So nützlich es ist, die Ansichten einzelner Persönlichkeiten und Körperschaften über die verfaßbaren Grundzüge des abgeänderten Sachleistungsplans kennen zu lernen, so unerlässlich muß es wirken, wenn einzelne Presseorgane unter erneutem Bruch der Vertraulichkeit zum Teil halb wahre und zum Teil falsche Berichte aus den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses verbreiten.

verfügt. Diese Reformen sind freilich nur dann ausführbar und fruchtbar, wenn mit ihnen Hand in Hand geht eine Neuordnung der Befolgung und andererseits eine Befähigung der Referendariatskandidaten.

eine juristische Volksbildung

für notwendig. In den Fragen der Justizreform überlasse ich dem preussischen Kultusministerium neidlos die Führung.

Die Kritik, die ich an den Berichten zu über für eine Aufgabe des höchsten Justizverwaltungsbeamten des Reiches erachte, macht auch vor dem Reichsgericht nicht halt.

Kapp-Amnestiegesetz

gegeben hat, habe ich zwar mit dem Wortlaut für vereinbar, aber als im schärfsten Widerspruch mit dem Willen dieses Hauses stehend.

Kriegsverbrecherprozesse

Den Ausführungen eines amtlichen französischen Schriftstücker über den „lächerlichen Charakter“ dieser Kriegsverbrecherprozesse muß ich die Worte eines Engländer gegenüberstellen.

Auf nach einer neuen Amnestie

nicht verstummt. Ich halte eine neue Amnestie für unmöglich schon aus rein juristischen Gründen.

Dr. Rosenfeld hat daran erinnert, daß der Reichsjustizminister, so gering sein Einfluß auf die Ausübung der Justiz auch sei, dennoch die Verantwortung für den Geist der Justiz trage.

gemeinsame Einsicht und gemeinsamer Wille

durchdringt, der Not unserer Justiz abzuhelfen. Ich glaube, daß diese Justizdebatte nicht ohne Einfluß auf unser Rechtsleben bleiben wird.

Kader den sonstigen Verlauf der Sitzung besprechen wir an anderer Stelle.

Die Entwaffnung der Raeknes.

In einigen Blättern wurde behauptet, der Sohn Raeknes befände sich in der Gefangenschaft, die ihm gelassen wurden, weil er Begnadigung verweigerte.

Vater vergib ihnen, denn...

Von Ernst Seifert (Minden).

Die folgenden Ausführungen stammen von einem Genossen, der seit ihrer Gründung der USP angehört.

In politischen Vertiefungen (spürt der Gedanke, daß Politik gleichbedeutend ist mit dem Herausbeschören von Gefahren, mit dauernden Kriegen.

Am 15. Februar haben sich im Reichstag wieder einmal die Geister geschieden und, durchaus nicht überraschend, ging die Schiedsliste mitten durch die USP.

Als nach dem holländischen Spaltungsparteitag unser Genosse Crispian im Lande herumkreiste, um die Unabhängigen Sozialdemokratie vor dem völligen Untergang in den einseitigen Sumpf zu retten.

Es galt die Regierung Wirth zu fröhen oder zu halten. Die monarchistischen Deutschnationalen, Deutschvolksparteiler und die puschistischen Kommunistengruppe waren sich klar darüber, ihre leibliche Absicht des Regierungsturzes zu verwirklichen.

Das Bild, das die Unabhängigen boten, war weniger als würdig. Wer weiß, zum wievielten Male Breitscheid, Lipinski, Seeger, Buchta und die anderen vor der Tür standen, und bang ersehnten, daß die Sozialdemokraten, die drinnen arbeiteten, und mit denen sie vollkommen einig sind, sich durchsehen werden.

Sind die Genossen um Crispian nicht von allen guten Geistern verlassen, so war ihr „Rein“ lediglich eine Agitationsrhetorik, aber eine falsche, eine unwahre und eine verwerfliche.

Ein ebenfalls aus Unklarheit heraus geborenes Verlangen ist es, wenn in der USP die Meinung herrscht, die Sozialdemokratische Partei solle aus der Regierung aus- und in die Klassenkampffront des Proletariats eintreten.

assen Fällen gutzuheißen, muß man doch die Tatsache feststellen, daß auch der Kampf in der Regierung ein Klassenkampf ist. Er ist solange ein Klassenkampf, als die mit der Wahrnehmung der proletarischen Interessen in den Regierungsstellen beauftragten Genossen auch unter den schwierigsten Umständen nicht vergessen, daß sie vom Proletariat in diese Stellen gesetzt sind und für das Proletariat zu wirken haben. Solange bleibt die Regierungstätigkeit ein Klassenkampf, solange die regierenden Sozialdemokraten nicht vergessen, daß sie Klassenkämpfer sind! Grundfalsch ist es, wenn man annimmt, Klassenkampf wäre die Politik der K.A.P.D. in etwas abgemilderter Form.

Unabhängige Sozialdemokraten müssen aufhören, Störer der Aufwärtsentwicklung zu sein. Sie müssen beginnen, Förderer des Fortschritts zu werden. Das Proletariat muß sich zusammenschließen, es muß wieder erfüllt werden von Idealismus und Gemeinschaftsgefühl. Hand- und Kopfarbeiter müssen sich die Hände reichen. Nicht zersplittern, sondern einig! Deshalb ist der Weg so grenzenlos unbegreiflich, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die, wie man hätte annehmen müssen, nach den schweren Stunden in Halle, geläutert den Weg zur dauernden Vernunft gefunden, jetzt wieder von einem linken Flügel der neuen Spaltung entgegengeführt werden soll. Schließlich glaubt doch kein ernsthafter Mensch, daß ernste Sozialdemokraten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sich von der trotz aller Fehlstritte zielklaren Proletarierpartei, der Sozialdemokratischen Partei trennen nur deshalb, weil einige Kommunisten-Unabhängige die alte Liebe zu den kommunistischen Spaltspitzen wieder entdeckt haben. Es gibt nur eine Rettung für das Proletariat, das ist die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien zu einer machtvollen Proletarierpartei. Wer nicht mit dieser gehen will, soll rechts und links hinausgeschickt werden.

Auf dem Parteitag in Leipzig wurde ein Antrag gestellt, daß derjenige, der ein Amt in der Partei bekleidet, keiner religiösen Gemeinschaft angehören dürfe. In einem, diesmal etwas heiteren Widerspruch hat der Genosse Dittmann in einer religiösen Anwendung in seinem Schlusswort gesagt: „Geht hinaus ins Land, wie einst die Apostel und predigt überall mit Feuerzungen.“ Spinn! man den religiösen Dittmannischen Faden weiter, so ist man bei einem einschneidenden Rückblick über die allerjüngste Vergangenheit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wahrhaftig versucht zu sagen: Vater, vergib ihnen, denn...

Brotgetreidewucher.

Die Telegraphenunion, die sich betanntlich im Besitze reaktionärer Politiker befindet, meldet aus Catin:

Einen Ausblick auf die künftigen Brotpreise gewährt die Tatsache, daß in Ostpreußen einheimische Händler das Brotgetreide der kommenden Ernte für 1800 M. pro Doppelzentner aufkaufen. Ein Händler aus dem Rheinland zahlt 2200 M. für den Doppelzentner. Der Brotpreis wird sich bei 1800 M. auf 50 Mark für das 1900-Gramm-Brot und bei 2200 M. auf 60 M. stellen.

Ähnliche Meldungen sind uns bereits aus verschiedenen anderen Landesteilen zugegangen. Es scheint also, daß jetzt schon in rücksichtsloser Spekulation die Ernte des nach nicht ausgefüllten Getreides zu Preisen aufgekauft wird, die das ein- bis zweifache der gegenwärtigen Marktpreise betragen. Aber es wird nicht nur aufgekauft, es wird auch verkauft. Die Herren Agrarier, die sich unter den Schutz des freien Handels begeben haben, werden hoffentlich auch das Rezept dagegen sagen können, das diese wahnsinnige Teuerung aufhält. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob Agrarier und Händler in stillem Einverständnis handeln, wenn sie die Preise auf diese unerhörte Höhe bringen in dem Vertrauen, daß die letzten Fesseln des Umlageverfahrens bei Beginn der nächsten Ernte fallen.

Angesichts dieser trostlosen Aussichten, die weite Kreise des Volkes dem Hunger überantworten müssen, richten wir

an den Reichsernährungsminister die Anfrage, was das Reich bisher dagegen getan hat, um dem hemmungslosen Wucher zu steuern! Es genügt nicht, wenn das Volk wieder mit Redensarten abgespeist wird. Bisher hat das Reichsernährungsministerium eine klare Stellungnahme dazu verweigert lassen, ob die gänzlich freie Wirtschaft auch für Brotgetreide eingeführt werden soll oder nicht. Es ist hohe Zeit, daß das Volk erfährt, womit es zu rechnen hat. Es ist aber auch hohe Zeit, daß dem Treiben der Agrarier und Händler ein Widerstand entgegengekehrt wird. Sehr wichtig wäre es schon zu wissen, ob die Reichsregierung jetzt, wo die inländischen Getreidepreise dicht an den Weltmarktpreisen liegen, genügend Vorräte ansammelt, um im Falle einer späteren Preissteigerung den Markt durch Verkäufe beeinflussen und die Spekulation der Händler zu zunichte machen zu können.

Wieder Flugzeugindustrie!

„Europe“ meldet aus Paris: Die Kommission für Luftschiffahrtkontrolle in Deutschland erkennt an, daß sich die Durchführung der Versailles Bestimmungen über die deutsche Luftschiffahrt ihrem Ende nähert. Einer Entscheidung der Vorkonferenz zufolge wird die Erzeugung und die Einfuhr von Luftschiffahrtzeugen in Deutschland am 5. Mai 1922 wieder beginnen können. Doch kann gegenwärtig keinerlei Mitteilung über die Bedingungen gemacht werden, unter denen nach Aufhebung der Luftschiffahrtkontrolle eine Überwachung der deutschen Luftschiffahrt stattfinden werde. Zwischen den einzelnen Regierungen gemacht werden, unter denen nach Aufhebung der Luftschiffahrtiges Ergebnis erhoffen lassen. Bei diesen Verhandlungen bemühte sich die französische Regierung, eine wirksame Überwachung der deutschen Luftschiffahrt zu erreichen.

Paris, 24. Februar. (E.P.) Der „Temps“ schreibt: Die Kommission der Luftschiffahrtkontrolle hat in Übereinstimmung mit der Vorkonferenz der deutschen Regierung mitgeteilt, daß die Produktion und die Einfuhr von zivilen Luftschiffen vom 5. Mai 1922 an wieder beginnen dürfe.

Die Frankfurter Besprechungen.

Frankfurt a. M., 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Heute vormittag begann im Rathaus die gemeinsame Sitzung des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft (sogen. Internationale 2-24). Die streng vertraulichen Verhandlungen wurden im engsten Kreise geführt. Von deutscher Seite nahmen nur teil die Genossen Otto Weiss, Wolf Braun und Silberstein. Außerdem waren sämtliche gestern genannten ausländischen Vertreter der Zweiten Internationale anwesend. Von der Internationale 2/4 waren anwesend: Friedrich Adler, Wien, Jean Longuet und Braque (Frankreich), Grimm (Schweiz), Ballhead, Shaw und Johnson (Engl. Unabh. Arbeiterpartei). Den Vorsitz führten Ledebour als ältester Teilnehmer und Shaw. Die Mitglieder der beiden Exekutivkomitees begrüßten sich sehr herzlich, und es war im rein äußerlichen Verlaufe kaum zu bemerken, daß sie verschiedenen Parteien angehören. Auch die Verhandlungen wurden in kameradschaftlichem Geiste und sehr sachlich geführt. Sie dauerten am späten Nachmittag noch an. Besonders eingehend wurde über die Frage gesprochen, ob und unter welchen Bedingungen die Moskauer Internationale zu einer allgemeinen Konferenz hinzugezogen werden sollte. Es ist kein Geheimnis, daß in dieser Frage Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern der Zweiten und der Internationale 2/4 bestehen. Vielleicht trifft noch im Laufe der Frankfurter Besprechung eine telegraphische Äußerung der Dritten Internationale aus Moskau über eine etwaige Beteiligung an einer allgemeinen internationalen Sozialistenkonferenz ein.

Unabhängig von den etwaigen Beschlüssen der zwei Exekutivkomitees über eine allgemeine internationale Sozialistenkonferenz wird am Sonnabend die Fünfkänderkonferenz beginnen, die sich mit den Reparationsfragen beschäftigen soll. Es ist zunächst eine vertrauliche Tagung vorgesehen. Wahrscheinlich wird die Konferenz auch über den Sonntag und vielleicht noch bis zum Montag verformelt bleiben.

gabte Kinder auch Unterricht in einer fremden Sprache. Kinder benachbarter Volksschulen können dann auch zusammen unterrichtet werden. In den Hamburger Gemeinschaftsschulen sind z. B. aus diesem Grunde verschiedene Schulen zu einer Schulgemeinschaft zusammengeschlossen worden, allerdings nicht für das obligatorische Achte, sondern für das freiwillige neunte Schuljahr.

Außerdem berechtigt der Erlaß zu der folgenden Hoffnung, deren Erfüllung gerade im Interesse des Proletariats ist. Der reaktionär zusammengesetzte Reichsschulausschuß hat vorgeschlagen, die neunjährige höhere Schule in vollem Umfange zu erhalten und selbst die in Hamburg gleich nach der Revolution eingeführte Verkürzung um ein Jahr abgelehnt, ein für Sozialisten und die anderen Vorkämpfer der Einheitschule unbegreiflicher Vorschlag. Wenn sich nun die Schüler in den oberen Klassen nach ihrer Reizung und Begabung verschiedene Fächer selbst wählen können, so lernen sie darin mehr als jetzt, wo sie an vielen Lehrgegenständen widerwillig teilnehmen. Behalten wir nicht von einem einstündigen Vortrag, für den wir uns interessieren, weit mehr als von einem zweistündigen, bei dem wir uns langweilen? Daher rechtfertigt dieser Erlaß von Boelty die Aufhebung der untersten Klasse der höheren Schule.

Neues Theater am Zoo: „Scampolo“. Endlich nach dauernden Beharrungen, hat die Direktion Charité ihr Stück gefunden. „Scampolo“ heißt der Schwanz, den der Verfasser sich ein „Schulspiel“ nennt. Dieser Verfasser benannt sich Davis Ricciotti und verlangt wohl, daß man ihn für einen Italiener halten soll. Ist er einer, so muß sich das Land der Sehnsucht bedenklich germanisiert haben. Ist er keiner, sondern nur einer von jenen Schlägen, die die Auslandskontingente ausnutzen, so sei ihm der Umweg zum Interesse der Theaterdirektoren und des lieben deutschen Publikums verziehen und ihm nunmehr geraden, die schwarze Maske des Söldnerbetrugs zu lästern und sein gemütlich-gemüthliches deutsches Schwanzengestalt zu zeigen. Er hat diese Geschichte hübsch gemacht und eine Rolle für Elise Giersberg — vielleicht nach Max. Konfignore Riccademi? — geschrieben, die einen neuen Theaterabend zu tragen vermag. — Scampolo ist der Fahausdruck für den Rest eines Stoffballens, der zu nichts mehr zu verwenden ist. Diesen Spinnnamen trägt ein römisches Straßennädel, ein Wasserbocksfisch, ein entsetzliches, das unbewußt und bewußt immer die Wahrheit findet und lügt. Es scheint einem Ingenieur ins Haus, der sich mit seinem Verhältnis herumärgert und abgedrängt auf einen großen Auftrag wartet. Er verliert sich, über eine kleine Nebenhandlung hinweg, in das Märchen, schmeißt die Klotze hinaus und fährt gen Tripolis, während die Kleine lesen und schreiben lernt, um seine Liebesbriefe beantworten zu können. Welts Parolen des Stückes erinnern deutlich an eine gewisse Serie berühmter Baufachgeschichten — „Trochäisches Zeitereis“ oder „Elise, die wilde Hummel“ —, dann aber kommen doch immer einmal ein paar Augenblicke, in denen etwas Menschliches aufkumpft, so daß man die Plumpheit des Dialoges vergißt und sich zu freudigerem Lächeln entschließen kann. Elise Giersberg sei dafür Dank gesagt, daß sie diese Augenblicke über die sonst durchaus angemessene Schwanzstimmung hinaus betonte: sie war eine entzückende Lust-

Das Koalitionsrecht der Polizeibeamten.

Der preussische Minister des Innern hat eine längere Verfügung erlassen, die Bezug nimmt auf die Koalitionsfreiheit der Polizeibeamten. In der Verfügung heißt es u. a., daß das von den Polizeibeamten zustehende Recht der Koalitionsfreiheit, Beamtenverbände zu bilden, sich in einer Weise auswirkt, die dem Ansehen der Polizei bei der Bevölkerung, der Beamtenschaft, der Kameradschaft innerhalb der Beamtenschaft und damit der Erfüllung der ohnehin schon schwierigen polizeilichen Aufgaben abträglich ist. Da sich diese Gefahr seit der Spaltung der Organisationen, die zu einem gewissen Konkurrenzkampf führte, besonders herausgebildet hat, erachtete der Minister die Herausgabe von Richtlinien über die Koalitionsfreiheit für unbedingt notwendig. Diese Richtlinien besagen u. a., daß das von der Reichsverfassung gewährte Koalitionsrecht von allen Dienststellen und allen Vorgesetzten unbedingt zu achten ist. Jede grundsätzliche Bekämpfung der Verbände als solche, namentlich jede Politik der Radikalität, wird für durchaus unstatthaft erklärt. Dagegen bleibt das Verbot der parteipolitischen Betätigung der Schutzpolizeibeamten im Dienste, in den Unterfunktsräumen usw. aufrechterhalten. Der Minister verlangt dann weiter von allen vorgelegten Behörden gegenüber den Verbänden strengste Neutralität und erklärt jeden Druck der Vorgesetzten auf die Beamten, diesem oder jenem Verbände beizutreten, für unstatthaft. Anregungen und Eingaben der Beamteneverbände, die allgemeine Interessen der Schutzpolizeiverbände vertreten, sollen sachgemäß geprüft werden. In dieser Hinsicht wird ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit den Verbänden empfohlen. Eingaben der Verbände in ungehöriger Form sollen unter entsprechender Veröffentlichung zurückgegeben werden.

Zum Schluß der Verfügung spricht der Minister die Erwartung aus, daß die Betätigung der Beamtenschaft in Bezug auf die Koalitionsfreiheit derart ist, daß das Treueverhältnis zwischen Staat und Beamten in jeder Hinsicht gehahrt bleibt und somit die polizeilichen Aufgaben nicht beeinträchtigt werden.

Generalversammlung der Eisenbahner.

Die gestrige Generalversammlung der Berliner Mitgliedschaft des D.V.B. nahm einen sehr erregten Verlauf und verlief abermals der Vertagung. Die Fraktion der SPD. gab folgende Erklärung ab:

„Alle Abmachungen mit den Fraktionen der USPD. und KPD. bezüglich der Neubildung der Ortsverwaltung können in Abetracht der veränderten Sachlage von uns nicht mehr aufrecht erhalten werden. Durch das unermessliche Verhalten des bisherigen 1. Bevollmächtigten Wilhelm Schulz wird das Weiterbestehen der Ortsgruppe Berlin in Frage gestellt, wenn kein Ausgleich mit dem Hauptvorstand gefunden wird. Wir verlangen, daß Wilhelm Schulz sofort aus dem Verbände ausgeschloffen wird. Nach den erfolgten Zuträgeren mußte der Hauptvorstand mit dem Beschuldigten vor seiner Beschlussfassung Rücksprache nehmen.“

Die Fraktion der SPD. ersieht ihre Hauptaufgabe darin, alles daranzusetzen, die Ortsgruppe Berlin vor Zersplitterung zu bewahren. Deshalb erklärt sie sich auch mit der vom Hauptvorstand vorgesehenen provisorischen Einsetzung des 1. Bevollmächtigten einverstanden. Wir rufen alle einsichtigen Kollegen auf, uns in diesen Beziehungen zu unterstützen.“ Solange sich die SPD. und die USPD.-Mitglieder nicht auf ein bestimmtes Zusammengehen einigen können, beherrschen die Kommunisten das Feld, zum Schaden der Organisation und der Sache der Eisenbahner. Näherer Bericht folgt.

Deutsch-lettische Krise.

Das lettische Blatt „Jaunatlas Sinas“ meldet, daß ein Ministerium (wahrscheinlich das Finanzministerium) bei der lettischen Regierung den Antrag stellen wolle, gegen Deutschland Vergeltungsmassregeln anzuwenden, um es zu zwingen, die Verhandlungen wegen Ersatz der Kriegsschäden schnellstens zu Ende zu führen, und zwar sollen nach lettischen Häfen kommende deutsche Schiffe mit einer zehnfachen Abgabe belegt und Ausnahmestille gegen deutsche Waren eingeführt werden.

spielteig, ein Mischung aus halber Unbewußtheit und feimender Mädchenkletterei und Mädchenchlaucht. Neben ihr als hängender und bangender Ingenieur Heinz Salinger, humorig und lustig, nur sie und da ein wenig zu sehr die eigene Rolle parodierend. Dazu Hanns Fischer, Volte Stein, Albert Paulig, Albert Kupferschmidt und — diesmal in die leichte Salonrolle passend — Hedda Neuhoff. Und Charles Regie, Elise Doppler-Regbands mit immer reizende Bühnenbilder, ein flottes Zusammenspiel und ein lach- und applausfreudiges Publikum, dem neuen harmlosen Stück einen dauernden Erfolg sichern. D. C. S.

Deutsches Künstler-Theater. „Der geistige Verschwander“. Der Legitimier dieses dreitägigen Schwantes, Richard Kehler, der einer Idee von Bobich gefolgt ist, hat sich nicht in sehr große Unkosten gestürzt. Es ist im Grunde eine sehr gemütliche und bummelige Tanzposse, in der allerdings dem einzigen Max Waldert eine Bombenrolle auf den Leib geschrieben ist. Max Waldert ist deshalb auch, wie beinahe vorauszusehen war, der Zentralspunkt des ganzen Abends. An ihm hängen alle Augen, Lippen und Ohren und zittern vor der Gewalt des unumkehrlichen Geschehens. Selbst seine musikalische Komik ist einzig in ihrer Art. Neben ihm brauchen nur sehr wenige genannt zu werden, so etwa der in Jungenrollen immer gleich vorzügliche Friß Schulz, die gefanglich sein kultivierte Peggy Beermond als Gast, die herrliche Lily Leuz. Die Aufführung unter Direktor Karl Grünwald war sehr fein und reich belebt. Die musikalische Leitung des Kapellmeisters Dr. Egon Neumann wurde allen Feinheiten der Fallischen Partitur gerecht. Diese selbst verdient diesmal kaum eine besondere Erwähnung; denn alle ihre Vorzüge sind uns bei Fall längst bekannt. Etwas Neues ist selbst bei angestrengtester Aufmerksamkeit nicht zu entdecken. S. W.

Polizeiliche Übergriffe gegen Künstler. Es gab eine Zeit, in der künstlerische Leistungen respektiert und der ernste Wille zur Arbeit geachtet wurden. Heute sind die Künstler für die Behörden ein Fremdwort, auf das sie nach ihrem Outdünken Jagd machen können. Der Maler Edly Smith hatte sich in die Nähe von Fredericksdorf zurückgezogen, um ungestört schaffen zu können und einige größere Aufgaben zu vollenden. Unter anderem eine Kupferstichmappe „Der Rorentempel“, die eine Reihe von Typen der Gegenwart festhalten und ein ethnographisches Kulturdocument unserer Zeit werden soll. Infolge irgendeiner abstrusen Denunziation schickte die Staatsanwaltschaft veranlaßt, durch die länderliche Behörde eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung vornehmen zu lassen. Sie wählten einen Tag aus, an dem der Künstler und seine Frau abwesend waren und sandten zwei Bondendarmen in Begleitung eines Dorfgemeindeführers, des Hauswirts als Zeugen und eines Schlossers in die Wohnung. Trotz der kürzlich erlassenen Reichsverordnung hat man es nicht für notwendig gehalten, dieser eigenartigen Untersuchungskommission einen Kunstverständigen beizugeben. Die beiden Polizeiergane öffneten sämtliche Schränke und durchsuchten selbst das Zimmer der Frau nach Evidenz. Es gelang ihnen auch, zwei Platten ausfindig zu machen, die zu beschlagnahmen sie Auftrag hatten. Welch sicheres Urteil sie dabei an den Tag legten, geht daraus hervor, daß sie außerdem Photographien, die

Freiere Gestaltung des Schulunterrichts

Von Dr. Erich Witte.

Wenn ein von einem Monarchen oder einer Klasse unterdrücktes Volk plötzlich seine Freiheit erlangt, versteht es von derselben nicht immer gleich den richtigen Gebrauch zu machen, was für Reaktionen oft der Anlaß ist, ihm die neuen Rechte ganz oder zum Teil wieder zu nehmen. Ähnlich geht es jungen Völkern, die die Unversität beziehen. In der obersten Klasse der höheren Schulen haben sie ebenso wenig Freiheit in der Wahl der Lehrgegenstände, wie sechsjährige Kinder. Als Studenten haben sie dann plötzlich die größte Lernfreiheit, die denkbar ist. Sie können die Vorlesungen besuchen, die ihnen am besten zugehen; sie können denselben jeden Tag 8 Stunden beiwohnen, sie können ihnen monatlang fernbleiben. Kann man sich da wundern, daß sie zuerst ihre Freiheit oft mißbrauchen? In vielen Ländern wird daher den Schülern der oberen Klassen eine gewisse Freiheit in der Wahl der Lehrfächer gewährt. An einigen deutschen höheren Schulen hat man in der letzten Zeit ähnliche Einrichtungen getroffen, in der neuen Stadtgemeinde Berlin in Tempelhof, Grunewald und Karlshorst. Der Kultusminister Boelty hat nun in einem Erlaß die Einrichtung anderer Schulen empfohlen.

Es liegen verschiedene Möglichkeiten vor. Die am weitesten gehende ist die folgende: Jeder Schüler nimmt an den allgemeinverbindlichen Fächern, dem Kernunterricht, teil (Deutsch, Geschichte, Turnen, Zeichnen, Gesang). Dazu kommen drei charakteristische Hauptfächer, im Gymnasium sind es Lateinisch, Griechisch, Mathematik, im Realgymnasium Lateinisch, Französisch oder Englisch, Mathematik, Naturwissenschaften. Außerdem muß jeder noch an einer Zahl von Fächern teilnehmen, die er nach seinen Neigungen frei wählen kann.

Bedauerlich ist es nur, daß die drei Typen der höheren Schule (Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule) ganz erhalten bleiben sollen, gerade als ob es nur drei Arten von Begabungen und nicht eine ungeheure Mannigfaltigkeit gibt. Warum regt Boelty nicht an, nach nordamerikanischem Vorbild die Oberstufen von mehreren höheren Schulen zu vereinigen, sie womöglich in einem Gebäude unterzubringen, so daß dann weit mehr Kurse und Arbeitsgemeinschaften eingerichtet werden können? In großen und mittleren Städten ist dies leicht durchzuführen. Der Minister sagt in dem Erlaß, bei der Finanzlage des Staates und der Städte sei es selbstverständlich, daß Mehrkosten nicht entstehen dürften. Dies läßt sich aber nur bei der Zusammenlegung mehrerer Oberstufen vermeiden, weil sonst entweder nur wenig Kurse eingerichtet werden können oder die Zahl der Teilnehmer sehr gering ist.

Mancher Leser wird von diesem Erlaß mit großer Gleichgültigkeit hören, weil das Proletariat davon keinen Vorteil hat. Denn aus Mangel an finanziellen Mitteln können nur wenige Kinder von Arbeitern der oberen Klassen einer höheren Schule besuchen. Hoffentlich wird aber bald eine gewisse Wahlfreiheit der Befähigten auch für die oberste Klasse oder die beiden obersten Klassen der Volksschule eingeführt, indem die Schüler und Schülerinnen je nach ihrer Reizung verstärkten Unterricht im Deutschen, Geschichte, in Naturkunde oder im Rechnen erhalten, sprachlich besonders be-

Meunier-Debatte in Paris.

Paris, 24. Februar. (B.Z.) Die heutige Kammer Sitzung beschäftigte sich mit drei Interpellationen über die Angelegenheit Paul Meunier, der im November 1919 unter dem Verdacht, Beziehungen zum Feinde zu unterhalten, verhaftet worden war und dessen Freilassung vor einigen Tagen mangels jeglichen Beweises erfolgte. Die Kammer beschloß, daß mit diesen Interpellationen die Interpellation des Abg. Paul de Cassagnac über die Affäre des in Brüssel wohnhaften rumänischen Staatsbürgers Margulies verbunden werde, der zu 2½ Kriegsjahren unter der gleichen Bewährungsbedingung eingesperrt war und dessen Vermögen die französische Regierung beschlagnahmt hatte. Margulies war dann freigesprochen und sein Vermögen freigegeben worden; er führt jedoch Beschwerden gegen zwei französische Vermögenszwangsverwalter über einen von diesen in Rechnung gestellten Betrag von über 2 Millionen Franken. In dieser Angelegenheit spielt der österreichische Finanzmann Rosenberg eine Rolle. Der Wdokat Rosenbergs in Sequesterangelegenheiten war der Bruder Clemenceaus, Albert Clemenceau.

Die erste Interpellation über die Dauer der Untersuchungshaft Paul Meuniers begründet Abg. Uhrig (Soz.). Er erklärt, Paul Meunier sei 28 Monate auf Grund unbewiesener Auslagen in Untersuchungshaft gehalten worden, obwohl nichts Belastendes gegen Meunier und die mitbeschuldigte Frau Kniff vorlag; man hätte also die Haftentlassung beschließen müssen. Uhrig verlangt unter Anführung verschiedener Fälle ungemessen langer Untersuchungshaft, die hätten vermieden werden müssen, den Schutz der persönlichen Freiheit der Staatsbürger. Nach ihm begründet der Royalist Jean Daudet die zweite Interpellation. Er nennt Meunier einen Agenten des Feindes. Er habe 28 Monate im Gefängnis gesessen, weil er sich geweigert habe, auf die Fragen des Untersuchungsrichters zu antworten. Das Ministerium Clemenceau sei nur streng gegen Deutsche und Berräter gewesen. Daudet spricht sodann von Raizon und Cassagnac, die er beide Berräter nennt. Paul Meunier habe aus der Schweiz 200 000 Franken, die aus Deutschland stammten, abholen wollen. Daudet verbreitet sich absdann über die Angelegenheit Judet und des mit ihm angeklagten Schweizer Boffard und verlangt schließlich, daß die

Personalität Clemenceaus für unverletzlich erklärt

werde. Die auswärtige Lage sei noch ernst und verlange volle Strenge gegen alle schlechten Partoten und Berräter. Als der Redner die Richter angreift, verwahrt sich der Präsident gegen die Behauptung, Deutschland könne Unterstützung bei den französischen Richtern finden. Daudet fordert schließlich den Justizminister auf, gegen den Beschluß, Paul Meunier außer Verfolgung zu setzen, Berufung einzulegen. ob dieser stellenweise ungeheuren Wärm hervorgerufenen Rede wird die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrochen. Daraus begründete Abg. Lacotte (äußerste Rechte) seine Interpellation, die sich ebenfalls gegen den Beschluß des Gerichts wendet, Paul Meunier außer Verfolgung zu setzen. Als vierter Interpellant spricht absdann Cassagnac über die Affäre Maraulies-Rosenberg.

Namens der Regierung beantwortet die Interpellation Justizminister Barthou. Er weigert sich, über die Angelegenheit Margulies-Rosenberg zu sprechen, da der Zivilprozeß noch anhängig sei, und geht absdann dazu über, die Beschuldigungen Daudets zurückzuweisen. Die Sitzung dauert an.

Der Mitbeschuldigte Meuniers, der in der Schweiz wohnhafte ehemalige Herausgeber des „Eclair“, Ernest Judet, der wegen Einverständnis mit dem Feinde verfolgt wird, hat gegen den Beschluß der Anklagekammer ihn vor das Schwurgericht in Paris zu verweisen, Berufung eingelegt.

Belgrader Attentatsurteil.

Belgrad, 24. Febr. (B.Z.) Wegen des Attentats am 29. Juni 1921 gegen den damaligen Regenten und jetzigen König Alexander ist jetzt der Anklage Stejc zum Tode, der Angeklagte Gaji zu zwanjg Jahren Zwangsarbeit in Ketten verurteilt worden. Mit dem Attentat in Verbindung stehende Kommunisten, darunter Parteiführer und gewisse Abgeordnete, wurden zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Alle beteiligten Frauen, und im ganzen 19 Angeklagte wurden freigesprochen.

von Künstlern mangels von Modellen verwandt zu werden pflegen und die in Laufenden von Exemplaren im Wirtschaftlichen Künstlerverband im freien Handel erhältlich sind, als „anfänglich“ mitzunehmen. Bemerkenswert ist, daß 14 Tage seither vergangen sind, ohne daß die Behörden es für notwendig befunden haben, dem Künstler von dem, was in seiner Abwesenheit geschehen ist, Mitteilung zu machen. Es ist nicht den ländlichen Behörden als Gefühlsbeamten ein Vorwurf zu machen, sondern die Frage zu stellen, ob es nicht wirklich an der Zeit ist, diesen systematischen Ueberschreitungen der Amtsgewalt Einhalt zu tun. Der Vorfall wird jedenfalls ein gerichtliches Nachspiel haben.

Das Schicksal der Oldenburg Galerie. Wie erinnerlich, hatte der frühere Großherzog von Oldenburg vor zwei Jahren die wertvollsten Gemälde der berühmten Oldenburger Galerie nach Holland bringen und diese dann später dort verkaufen lassen. Die Presse hat sich im Laufe der Zeit mehrfach mit der Angelegenheit beschäftigt. Jetzt ist zwischen dem ehemaligen Großherzog und der gegenwärtigen Regierung ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach der oldenburgische Staat die noch in Oldenburg vorhandenen 236 Bilder zu einem Gesamtpreis von 934 000 M. übernimmt. Das ist eine verhältnismäßig niedrige Summe, doch darf nicht übersehen werden, daß diejenigen Gemälde, die den Stolz der Sammlung ausmachten, eben durch die Geschäftstätigkeit des „Londoneers“ rechtzeitig aus dem Lande gebracht wurden und also für Oldenburg wie für Deutschland überhaupt wohl für immer verloren sind. Zumal noch eine Regierungserklärung besagt, daß die Bilder bereits einige Wochen vor Erlaß des Schutzgesetzes ausgeführt wurden. Der zuständige Vortragsauschuß hat am Donnerstag dem Vertrag zugestimmt und die erforderliche Summe bewilligt.

Die Abnahme der französischen Geburtenziffer. Wie kürzlich Frankreichs Zukunft in der Bevölkerungsfrage ist, zeigen die neuesten Zahlen, die Schöber in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ anführt. Eine Anzahl von Departements entvölkert sich langsam, so Oers bei den Pyrenäen, so Calvados und Manche in der Normandie. Die beiden letzteren Bezirke verloren in weniger als einem Jahrhundert weit über 100 000 Seelen verloren. 1913 hatte Frankreich schon die geringste Geburtenziffer unter allen zivilisierten Nationen. Während der jährliche Geburtenüberschuß bei uns damals auf 1000 Einwohner 12-15 betrug, belief er sich in Frankreich nur auf 1. Die Geburtenzahl, die 1913 noch 745 000 betrug, war im Jahre 1918 auf 450 000 herabgegangen, während die Sterbeziffer in diesem Jahre mehr als doppelt so viel betrug. Nun haben sich zwar im Jahre 1919/20 die Geburten in Frankreich wieder dem beschriebenen Stand von 1913 genähert, aber dieses ist der großen Zahl von Eheschließungen zuzuschreiben, die doppelt so viel betrug als vor dem Kriege. So ist diese Zunahme der Geburtenziffer nur eine scheinbare und hat bereits wieder abgenommen.

Die Galerie Goldschmidt-Wallerstein, Schöneberger Nr. 36a, zeigt vom 1. März ab neue Arbeiten von Bela Csokei, Erich Deebel und Konrad von Tarnarete Belone: Der „Böck“. Die Gesundheitsbeschwerden durch die Ärzte. Die ästhetischen Schäden der Gesundheits- und Krankenfürsorge, die bei den letzten Wahlen der Oldenburger und der Berliner Ästhetischen Arbeiter von Ästhetischer Seite festgestellt sein sollen, werden von der Deutschen Medizinischen Wochenschrift gemeldet. Das Material wird der Regierung und dem Reichstage übergeben werden.

Unsere Volksversammlungen.

Nachdem am Donnerstag ein Vortrag des Genossen Heilmann den Auftakt gegeben hatte, erfolgte gestern abend in nicht weniger als elf Versammlungen, die in allen Stadtteilen und Vororten stattfanden, der Hauptteil dieser großangelegten Rundgebung. Das Thema war überall das gleiche: „Reichspolitik — Genua — Streiks“ und hatte in seiner zeitgemäßen Formulierung bewirkt, daß die Säle sehr gut besucht und zum Teil sogar überfüllt waren. Unsere Parteigenossen waren mit ihren Frauen und Gefinnungsfreunden in großen Scharen herbeigeeilt. Unter den Gegnern machten sich die Kommunisten wieder sehr bemerkbar, und zwar ausnahmslos in recht läbilen Formen, was keineswegs auf Zuvoricht in ihren Reihen schließen läßt. Auch die Beamtenschaft war teilweise zahlreich vertreten. Es war insgesamt eine Demonstration von gewaltigen Ausmaßen und starken Wirkungen. Der überaus starke, vielfach brausende Beifall, oft mitten in die Rede hinein, zeigte den Gegnern nicht allein die kommunistische Kraft unserer Partei, sondern auch Begeisterung, die unsere Ideen auszuüben vermögen.

Beizel Mitte. Die Versammlung in der Schulaula Gipsstraße wies einen so guten Besuch auf, daß die Sippöhe bei weitem nicht ausreichte und zahlreiche Hörer stehend dem Vortrag folgen mußten. Das Referat hielt Genosse Reichstagsabgeordneter Wiebel. Er besprach eingehend und erläuternd die Wirtschaftslage. Streifte die Staatsverdrassenheit weiter Kreise und betonte, daß die Masse der Befragten, denen die kapitalistische Weltordnung nichts als ihr bishigen menschliche Arbeitskraft gelassen hat, auf Gedeih und Verderb mit der Republik und ihren demokratischen Einrichtungen verbunden ist. Als der Redner auf die Streiks und die Steuer zu sprechen kam, wurden Zwischenrufe laut, doch ließen weder der Vortragende noch die Versammlung sich irremachen und den Störenfriede wurde es schließlich selbst langweilig. Der Redner ging bereitwillig auf Zurufe und Fragen aus der Versammlung ein und beantwortete manche Frage, die sonst der Diskussion vorbehalten geblieben wäre.

Im Bezirk Friedrichshain war es nicht möglich gewesen, ein großes Lokal zu belegen. Deshalb mußte die Versammlung an zwei Stellen abgehalten werden. Beide Versammlungen waren stark besucht und bezeugten durch lebhaftes Zwischenrufen das Interesse mit den Ausführungen der einzelnen Redner. Nachdem die Genossin Ryned in der Aula der Gemeindefchule Petersburger Straße über das gestellte Thema referiert hatte, kam in der Diskussion der Kommunist Paul Hoffmann zu Worte. Vorher war über die Dauer der Aussprache eine lebhaftes Geldchöpfungsdebatte vorübergegangen. Auf das Thema ging Hoffmann sehr wenig ein. Dafür aber warf er den Reichstagssozialisten in lebhafter Form vor, beständig „die Gelegenheiten zur Macht verpaßt“ zu haben. Die Genossin Ryned widerlegte diesen sowie einige andere Diskussionredner mit Leichtigkeit in ihrem Schlußwort. In der Aula Marxstraße sprach der Genosse Schlegel. In der Diskussion amüsierte sich die Versammlung über einen kommunistischen Mostauehellen, der ein unerträgliches Verkon der prächtigsten Abrafen zur Unterhaltung beisteuerte. Auch hier gelang es unserem Referenten, die Versammlung von den Zielen der Sozialdemokratischen Partei zu überzeugen.

Bezirk Prenzlauer Berg. Genosse Lüdemann sprach vor einer sehr gut besuchten Versammlung in der Bögom-Branerei. Zu dem ohnehin bestehenden Schwierigkeiten sei über Nacht eine weitere gekommen, die Ausweisung der angeblichen Rörder des spanischen Ministerpräsidenten. Das war für einige Störenfriede das Signal zu einem Tumult, der jedoch durch die Entfernung der boshafsten Scharer rasch beendet war. Lüdemann wies darauf hin, daß auch Deutschland sich auf der Suche nach zwei Muehlmördern befindet. Verlangen wir, daß diese an uns ausgeliefert werden, müssen wir in solchen Fällen das tun, was wir von anderen Ländern fordern. Wenn die Kommunisten im nahen Friedrichshain gegen die „Auslieferungsschmach“ protestieren, so sei noch sehr die Frage, ob gerade dieser Fall, in dem es sich um die Ermordung eines linksstehenden Demokraten handelte, dazu angeht sei. Auf die Regierungskrise übergehend, zeigt der Redner die freibenden Kräfte von rechts und von links, ihre besonderen Motive und möglichen Wirkungen. Der Eisenbahnerstreik wurde von den einen aus innerpolitischen Gründen, von den anderen aus außenpolitischen Gründen zu ihrem Vorstoß benutzt. Das Verdienst, die Regierung Wirth erhalten zu haben, gebühre in erster Linie den Unabhängigen, deren Verhalten Redner eingehend würdigte. An Hand der in Genua zur Beratung vorgelegenen Fragen erläuterte Genosse Lüdemann die Notwendigkeit der Erhaltung des Kabinetts Wirth. Wenn es dem kommunistischen und unabhängigen-deutschnationalen Treiben gelungen wäre, es durch ein Kabinet Stresemann-Helfferich zu ersetzen, wäre die günstigste Entwicklung von London bis Genua mit einem Schlag unterbrochen worden. Wenn die Steuerlasten noch nicht so verteilt werden könnten, wie es geschehen müßte, so liege das an den Machtverhältnissen in der Regierung. Es ist die Schuld der Unabhängigen, wenn es in der Steuerfrage ansatz zu einem Kompromiß mit ihnen zu einem solchen mit der Deutschen Volkspartei kam. Nach eingehender Darstellung der Streikvorgänge kam Redner zu dem Schluß, daß nur durch straffe Disziplin organisatorische Erfolge erreicht werden können. Bei allen Unternehmungen müssen wir uns die innen- und außenpolitischen Wirkungen vor Augen halten. Nicht durch Geschrei und Wünsche können wir zu besseren Verhältnissen kommen, sondern nur durch den planmäßigen Ausbau unseres demokratischen Volksstaates. (Lebhafter Beifall.)

Gegen Schluß kam ein Trupp aus der kommunistischen Versammlung im Friedrichshain, um unsere Versammlung zu stören, was jedoch nicht gelang. Der Referent konnte sein Schlußwort zu Ende führen und den Kommunisten einige Wahrheiten sagen. Als die Kommunisten zum Schluß die Internationalen singen wollten, läßen sie zu ihrer Verwunderung, daß ihnen der SPD-Männerchor bereits zugekommen war, dessen Vortrag der Versammlung einen würdigen Abschluß gab.

Im Kreise Wedding fand eine sehr gut besuchte Versammlung in den Parusäulen, Müllerstraße, statt. Der Referent, Vortragsabgeordneter Hünlich-Stabe, besprach in anderhalbstündigen Ausführungen in sachlicher Weise die Schwierigkeiten der Regierung innen- und außenpolitischer Natur, ging dann über den Grundhah der Politik der Erfüllung bis zu den Schwierigkeiten der jetzigen Situation durch den Eisenbahnerstreik über. Seine Ausführungen über die Eröffnung der Gold- und Sachwerte wurden von den anwesenden Kommunisten durch Zwischenrufe gestört. Er fertigte die Störenfriede unter dem Beifall der Versammlung in trefflicher Weise ab, besprach die Steuerpolitik der Regierung und verlangte festes Durchgreifen bei Erhebung der Steuern, um die brüdenenden Lohn- und Gehaltsabzüge durch die härtere Erhebung der Steuern der Kapitalisten auf der anderen Seite gegenüber den Arbeitern und Angestellten auszugleichen. Als erster Diskussionredner hatte sich der kommunistische Vortragsabgeordnete Schöler gemeldet. Ihm wurde das Wort auf 10 Minuten erteilt, was dem wortreichen Herrn nicht zu genügen schien. Infolgedessen erhielt als zweiter Diskussionredner, ein Syndikalist das Wort. Es war auch diesem nicht möglich, durch den Tumult hindurchzubringen und auf einen Pfiff seitens der Kommunisten setzte ein Trommelfeuer von Zwischenrufen ein. Der Vortragende sah sich schließlich genötigt, die Versammlung auf fünf Minuten zu vertagen und erteilte nach der Wiederöffnung dem Genossen Weide das Wort, der sich infolge des Tumults der gut organisierten Kabaumacher nur schwer verständlich machen konnte. Die Versammlung wurde gegen 10 Uhr geschlossen.

Vor überfülltem Hause referierte in glänzend verkaufter Versammlung in der Arminiusshallen in der Bremer Straße die Ge-

nosin Bohm-Schuch, welche in klaren, verständlichen Worten die Entwicklungsgeschichte der Regierungspolitik bei dem Feinden von Versailles darlegte. Sie wies besonders eindringlich darauf hin, daß die deutsche Sozialdemokratie in zielbewusster Weise nur die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten suchte und daß die Erfolge am deutlichsten darin zum Ausdruck kamen, daß die bürgerliche Regierung Fehrenbach sich nach kurzer Zeit als unfähig erwies. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß es die deutsche Sozialdemokratie war, welche unter allen Umständen die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth stützte und daß unter diesen Voraussetzungen die bevorstehende Konferenz in Genua aller Wahrscheinlichkeit als positiver Erfolg unserer Politik zu buchen sein wird. Auf den Reichseisenbahnerstreik und den Streik der Gemeindegeldarbeiter Berlins übergehend, wies die Referentin nach, daß der Kampf gegen die Allgemeinheit etwas anderes in der deutschen Republik bedeutet als der frühere Kampf gegen den kapitalistischen Obrigkeitsstaat. Die Einigkeit der Massen werde immer dringender notwendig. Lebhafter Beifall folgte den Darlegungen.

In der Diskussion verfuhrte der Kommunist Kemmle in ruhiger Weise die Darlegungen der Genossin Bohm-Schuch zu entkräften. Sowohl die eigenen Diskussionredner unserer Partei, als auch die Referentin im Schlußwort wiesen eingehend nach, wie verfehlt die Politik der Kommunistischen Partei sei. Die Versammlung war ein großer Erfolg für unsere Partei.

Die überfüllte Versammlung im John-Kealgsmanium nahm das Referat des Genossen Heine mit lautem Beifall entgegen. Nach einigen Diskussionrednern wurde die von einigen betrunklenen Kommunisten verfuhrte Störung im Reime ertit. Nachdem sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt hatte, konnte die tiefenhaft besuchte Versammlung ordnungsgemäß geschlossen werden.

Schöneberg-Friedenau. In der total überfüllten Aula der Hlandtschule zu Schöneberg sprach für die Stadtteile Schöneberg und Friedenau Reichstagsminister Genosse Robert Schmidt. Während ihm im ersten Teil seiner Rede die Versammlung achtungsvoll zuhörte und ein paar kommunistische Kraftweler zur Ruhe wies, fand er, als er zum Schluß auf den Eisenbahnerstreik einging, einigen Widerspruch von Seiten einiger anwesenden Beamten, der dann durch Kommunisten in der bekannten höflichen Weise noch verfürkt wurde. Um so mehr aber stimmten unsere Parteigehörigen dem Redner zu, so daß er seine streng sachlichen, auch dem Gegner gerecht werdenden Ausführungen unter dem Beifall der Anwesenden beendete. Genosse Schmidt ging aus von der Unzuliebeit, die in weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht. Man vergesse immer wieder, daß, wenn die Parteien miteinander in der Regierung arbeiten wollen, keine Partei ihr Programm restlos zur Durchführung bringen kann. Im vorigen Jahr fanden wir vor der Gewerkschaft, daß die Entente ihre Zwangsmahnahmen gegen uns erweiterte. Und da wir keine politischen Machtmittel in der Hand hatten, sind wir auf den guten Willen der Entente angewiesen und auf die hoffentlich immer mehr wachsende Einsicht, daß wir in dem Umfang, wie sie es verlangt, ihren Forderungen nicht gerecht werden können. Unsere wirtschaftlichen Zustände, besonders die Preise, sind restlos auf die Entwertung der Mark zurückzuführen. Das fortwährende Weichen des Marktkurses hat wieder seine Ursache in den starken Goldzahlungen, die zu leisten wir verpflichtet sind. Ein Sieg der Vermunft im Ausland wird noch lange auf sich warten lassen, da Hoch und Leidenschaft gegen uns bei unseren ehemaligen Feinden viel zu groß sind. Immerhin könnte doch manches im eigenen Lande besser sein, wenn unsere eigenen deutschen Kapitalisten ein Einsehen mit der Not des Volkes hätten. Sie tun aber das Gegenteil und bringen große wichtige Vermögensteile ins Ausland. Deshalb ist der Gedanke der Erfassung der Sachwerte auch ein so wichtiger, weil bei seiner Durchführung die Kapitalisten einen Teil ihres Eigentums an den in schwerer Not und Gefahr befindlichen Staat abgeben müssen. Was die Konferenz von Genua für einen Erfolg haben wird, ist schwer zu sagen. Die zwei Probleme, über die man sich klar werden muß, werden die Währung und die Erschließung des osteuropäischen (speziell des russischen) Marktes sein. Nachdem der Redner noch auf den Eisenbahnerstreik eingegangen war, gab er zum Schluß seiner unerwartlich hoffnungsvollen Ausdrück, daß die händige sachliche Aufklärung des Volkes über die ehrliche hingewandte Arbeit der SPD zum Wohle des Volksganges, daß ferner die Aufklärung, die das Volk an sich selber vornehmen müsse, durch ein tieferes Eindringen in die Probleme der Politik, der Wirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus einmal diesem Volke doch den ihm zustehenden Sieg bringen werde. Kaufender Beifall trönte die Rede.

Guten Lesestoff

muß eine Zeitung bieten, die vor allem von den Frauen gelesen werden will. Der „Vorwärts“ ist dauernd bemüht, nur das künstlerisch Wertvollste an Unterhaltungsliteratur zu bieten. Außer den laufenden Romanen erster Schriftsteller des In- und Auslandes bietet er in seiner besonderen Beilage „Heimwelt“ eine große Auswahl erster und heiterer, belehrender und satirischer Erzählungen, eine Fülle von Tatsachenmaterial aus allen Gebieten des Wissens. In seiner reich illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ finden die Leser die Zeitereignisse im Bild registriert und gleichzeitig erfassene Skizzen und Plaudereien aller Art.

Wer den Wert guter Unterhaltungsliteratur erkannt hat, benutzt die Gelegenheit, zum Monatswechsel eifrig neue Leser zu werden für den

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzulenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 20 M. pro Monat März.

Name _____
 Wohnung: _____
 Straße Nr. _____
 vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts
 bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Ende der Demobilisierungsverordnungen?

Nach der Verordnung der Reichsregierung vom 18. Februar 1921 sollen am 31. März 1922 alle Verordnungen, die auf Grund der Demobilisierungsvollmacht erlassen sind, außer Kraft treten. Die Tragweite dieser Anordnung kann man daran erkennen, daß neben anderen sozialpolitisch sehr wichtigen Verordnungen z. B. auch die über den Achtstundentag und die Erwerbslosenfürsorge unter diese Ausführungsverordnung fallen. Nun ist aber selbstverständlich gar nicht daran zu denken, daß in allen diesen Angelegenheiten, für die zum Teil eine anderweitige gesetzliche Regelung vorbereitet, aber noch nicht zum Abschluß gekommen ist, nach dem 31. März die gesetzliche Regelung aufgehoben kann.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist deshalb ein besonderer Unterausschuß zur Prüfung dieser Fragen eingesetzt worden, dem von den freien Gewerkschaften Larnow, Albrecht und Ströbinger angehören und der am 24. Februar seine Beratungen aufgenommen hat. Er kam damit allerdings noch nicht weit, da die Regierungsvertreter trotz der großen Dringlichkeit noch nicht in der Lage waren, eine Zusammenstellung auch nur der Verordnungstitel vorlegen zu können, die unter die Aufhebungsverordnung fallen. Von den gewerkschaftlichen Vertretern wurde ausdrücklich verlangt, daß am 31. März keine der bestehenden Verordnungen automatisch erlöschen dürfe, wenn nicht zuvor eine anderweitige gesetzliche Regelung erfolgt oder die Aufhebung in jedem einzelnen Falle nach vorheriger gründlicher Prüfung beschlossen worden sei. Erforderlichenfalls müßte der angelegte Aufhebungstermin vorläufig um 6 Monate auf den 1. Oktober verlängert werden.

Die Regierungsvertreter kündigten für die nächsten Tage eine Vorlage mit den Ausführungsbestimmungen zur Aufhebungsverordnung an und stellten eine Zusammenstellung nicht nur derjenigen Verordnungen, für die eine Verlängerung der Geltungsdauer geplant ist, sondern auch derjenigen, die nach Meinung der Regierung am 31. März erlöschen sollen, in Aussicht.

Darauf vertagte sich der Ausschuß bis zum 7. März.

Die SPD.-Funktionäre der Eisenbahner zum Streik.

In einer gut besuchten Versammlung der SPD.-Funktionäre der Eisenbahner sprach Genosse Busch über den Eisenbahnerstreik. Er entschuldigte zunächst die Genossen Wels und Hermann Müller, denen es leider nicht möglich gewesen sei, zu dieser Versammlung zu kommen. Dann führte Busch u. a. aus: Die Forderungen der Eisenbahner sind durchaus berechtigt, aber ein Streik in den Reichsbetrieben ist etwas anderes, als ein Streik in Privatbetrieben. Letzterer richtet sich gegen die Privatunternehmer, ersterer zieht die Interessen aller Staatsbürger in Mitleidenschaft, denn die Eisenbahnen sind eine der Stützpfeiler des wirtschaftlichen Lebens. Es kommt darauf an, daß der richtige Weg zur Verbesserung der Lage der Eisenbahner beschritten wird. Auf keinen Fall darf ein Streik, der die ganze Arbeiterschaft trifft, ohne vorherige Erschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten und ohne Verständigung mit den Arbeitgebervertretern beschlossen werden. Auch die Presse muß eingehend informiert werden. Unsere Fraktion ist ebenfalls wenig unterrichtet worden, wie unser Zentralorgan, der „Vorwärts“. In jedem Falle — auch wenn sie gestagt hätten — wären die Eisenbahner die Geschädigten. Die Machtverhältnisse liegen so, daß, wenn die Regierung hätte gehen müssen, eine Rechtsregierung gekommen wäre, die mit den Eisenbahnern in ganz anderem Wort geredet hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Aber auch bei einer Neuwahl des Reichstags hätte sich gezeigt, daß die „Nationalen“ durch den Eisenbahnerstreik eine erhebliche Stärkung erfahren haben. Es ist daher zu bezweifeln, daß der Weg zur Verständigung, den unsere Genossen Müller und Wels anbahnten, gegangen wurde. In Zukunft sollte die Regierung Männer mit den Verhandlungen betrauen, welche die Organisationen als gleichberechtigt anerkennen. Wir müssen uns auch den Gedanken abgewöhnen, daß Parteigenossen, die in amtlichen Stellungen sind, die Partei repräsentieren.

In äußersten Fällen muß für die Beamten das Streikrecht als Notwehrrecht anerkannt werden, allerdings mit allen Konsequenzen. Wie die Unabhängigen über dieses Streikrecht denken, hat Lipinski dokumentiert, und in Russland wäre ein solcher Streik erst recht unmöglich. Mit der Haltung des „Vorwärts“ bin ich auch nicht immer einverstanden. Rindisch ist es aber, aus Verärgerung den „Vorwärts“ abzuleisten oder aus der Partei auszutreten. Wir haben uns der Partei angeschlossen, weil sie unsere Weltanschauung verkörpert. Unsere Aufgabe ist es, Strömungen, die wir für falsch halten, in das richtige Bett zu leiten. Nicht durch Vernichtung, sondern durch positive Politik wird das erreicht. Die Republik, die heute eine demokratische ist, muß in eine sozialistische umgewandelt werden.

Wiegand wandte sich in der Diskussion gegen die Haltung der Partei und die Spitzen der Gewerkschaften. — Weischmidt wies auf die Mitwirkung der kommunistischen Drahtzieher hin und trat dafür ein, daß der Beamtenstreik auch das Streikrecht zuerkannt werden müsse. — Raab erklärte, man hätte sich vor dem Streik mit den Gewerkschaften und dem ADGB in Verbindung setzen sollen. Ein Klassenkampf, der gleich zu einer anderen Partei laufe, wenn der Klassenkampf abgehe, werde schließlich bei den Nationalen enden. — Wiegand: Einer Partei, die solche Stürme bestanden hat, wie die SPD., gehört die Zukunft. Falkenberg: Daß wir

einander näher kommen, dazu hat hoffentlich der heutige Abend beigetragen. Von der Partei dürfen wir uns nicht abwenden, wenn uns der eine oder andere Wunsch nicht erfüllt werden kann. Nach einem Schlusswort des Referenten schloß der Vorsitzende Klaus die Versammlung.

Transportarbeiter der Metallindustrie.

In der Sektion V des Deutschen Transportarbeiterverbandes, die alle in der Groß-Berliner Metallindustrie beschäftigten Mitglieder dieser Organisation umfaßt, steht die Sektionsleitung zur Neuwahl. Der bisherige Sektionsvorsitzende wird von den Kommunisten in einer Art und Weise angegriffen, die das Maß des Zulässigen bei weitem übersteigt. In der „Roten Fahne“ wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er Schuld sei an dem Elend der ungelerten Arbeiter in der Metallindustrie. Weiter wird ihm Kurzsichtigkeit und „bemerkte“ Irreführung der Kollegen vorgeworfen. Den Beweis für diese Behauptungen zu erbringen, würde selbst der „Roten Fahne“ nicht gelingen. Die Latit des Sektionsvorsitzenden bei Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustriellen kennenzulernen, hatten die Kollegen wiederholt Gelegenheit. Es war allerdings eine andere, als die der Fraktionsgenossen der „Roten Fahne“. Erinnert sei z. B. an die Verhandlungen in der Potsdamer Straße am 29. Dezember 1921, bei denen drei dieser SPD.-Fraktionsgenossen beauftragt waren, die Interessen der Kollegen der Sektion V gegenüber dem Verband Berliner Metallindustrieller wahrzunehmen. Als der Vorsitzende der Verhandlung, Dr. Rühnemann, fragte, wer von den Herren zur Begründung des Wortes wünche, trat eifrig Schweigen ein. Keiner von diesen Herren wagte es, auch nur ein Wort zu sagen, so daß der Sektionsvorsitzende in die Bresche springen mußte, um die Situation zu retten.

Es wäre verhängnisvoll, wenn diesen Leuten Gelegenheit gegeben würde, die Geschichte der Sektion zu lenken. Im übrigen sollten diese Deutschen doch auch wissen, daß alle ihre Angriffe danebenhinken, da der bisherige Sektionsleiter gar nicht zur Wahl steht, weil er in der Organisation eine andere Position einnehmen soll.

Wie sehen nun die Kandidaten der Liste der Sektionsleitung aus und wie ist sie zustande gekommen? Die Kandidaten wurden von den Kollegen aus den Betrieben in Vorschlag gebracht und nur gegen eine Stimme von der gesamten Sektionsleitung mit Einschluß der SPD.-Fraktionsgenossen angenommen. Es sind 9 USPD- und 3 SPD.-Genossen. Alles Kollegen, die über ein Jahrzehnt und noch länger in der Arbeiterbewegung stehen, während die Liste der SPD.-Genossen mit wenigen Ausnahmen Kandidaten anweist, die es erst kurz vor oder nach Ausbruch der Revolution begriffen haben, daß es ihre Pflicht als Arbeiter ist, sich zu organisieren.

Wer nicht will, daß die Gewerkschaften zertrümmert werden, daß die jahrzehntelange Arbeit für den Sozialismus vernichtet wird, der trete ein für die von der Sektionsleitung aufgestellte Liste.

Am alle Anhänger der Berliner Metallindustriellen Gewerkschaften internationalen ergeht die Aufforderung, vollständig in der Generalversammlung am Sonntag, früh 9 1/2 Uhr, im Saalbau der Brauerei Friedrichshain zu erscheinen.

Selbe Verbände sind keine Arbeiterorganisationen.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats verhandelte am 23. Februar über eine Eingabe, die Arbeit schaffen will in der Auslegung des § 6 der Verordnung vom 1. März 1921 über Ausbildung von Kraftfahrzeugführern. Der § 6 der betreffenden Verordnung sieht für jede höhere Verwaltungsbehörde einen Ausschuß vor, der neben anderen aus Vertretern der Berufsführervereinigungen bestehen soll. Die von einzelnen Regierungspräsidenten bisher für die Benennung der in diesen Ausschüß zu entsendenden Vertreter herangezogenen Chauffeurvereine werden von dem Transportarbeiterverband angeschlossenen Kraftführerverbände als „gelbe“ Organisation betrachtet, da sie von Arbeitgebervereinigungen unterstützt werden. Als Berufsführervereinigung kommt nach ihrer Ansicht nur die gewerkschaftliche Organisation der Kraftfahrer in Frage. Da die Beschwerden der zuständigen Organisationen von den Regierungstellen bisher ablehnend beantwortet sind und die betreffenden Reichsministerien sich für nicht zuständig erklärt haben, will die Eingabe ein Gutachten des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats erreichen, in dem der § 6 der Verordnung in obigem Sinne ausgelegt wird. Zur Annahme gelangte folgender Antrag:

„Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats erklärt zu dem Antrag des Mitgliedes Reich betreffend Auslegung des § 6 der Verordnung über die Ausbildung von Kraftfahrzeugführern vom 1. März 1921, daß als „Berufsführervereinigungen“ nur Mitglieder von wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer“ ist wie folgt auszulegen: als wirtschaftliche Vereinigungen gelten nur solche, die 1. die Mitgliedschaft nicht von der Zugehörigkeit von einem bestimmten Betriebe abhängig machen; 2. Arbeitgeber als Mitglieder nicht aufnehmen und keine Unterstützungen oder sonstige Zuwendungen von Arbeitgeberseite annehmen; 3. die Interessen ihrer Mitglieder selbständig und unabhängig wahrnehmen.“

Die Lohnverhandlungen im Bergbau.

Am Donnerstag fanden nach einer Meldung des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes zwischen den Bergarbeiterorganisationen und den Unternehmerverbänden Verhandlungen über die Neuverhandlung der Lohnverhältnisse im Bergbau statt. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, und man einigte sich deshalb, erneut die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums anzurufen. Freitag vormittag fanden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt, die zur Einsetzung einer Untersuchungskommission aus je 7 Arbeitgebern und Arbeit-

nehmervertretern führten. Auch diese Besprechungen endeten ohne Ergebnis. Die Unternehmer verlangten — bevor Zugeständnisse gemacht werden sollen — nicht nur Kohlenpreiserhöhungen, welche die neuen Lohnzuschläge und den vereinbarten 60prozentigen Zuschlag für Generalaufkosten usw. decken, sondern auch noch einen besonderen Zuschlag, damit sie erhöhte Abschreibungen vornehmen können. Trotz des bisherigen ergebnislosen Verlaufes aller Verhandlungen will man die Besprechungen am Montag fortsetzen.

Fordauer des Mansfelder Streiks.

Nachdem am Mittwoch die Betriebsräte im Mansfelder Erzabbau zu dem Schiedspruch Stellung genommen hatten, saßen am Donnerstag die in Mansfeld abgehaltenen Versammlungen der Bergarbeiter einstimmig den Beschluß, den Schiedspruch abzulehnen und den Streik fortzusetzen.

Die Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz werden am 4. März im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt werden. Den Vorsitz in den Verhandlungen mit den Gewerkschaften führt Ministerialdirektor Dr. Hilde.

Gescheiterte Verhandlungen. Die in den letzten Tagen in Berlin geführten Verhandlungen über die Schaffung eines einheitlichen Reichstarifvertrages für das gesamte deutsche Hoch-, Beton- und Kiesgewerbe sind ergebnislos abgebrochen worden, da es nicht gelang, zu einer Einigung zu kommen.

Lohnbewegung im Feisengewerbe. Auf Grund der neuen Leuerrungsstelle sehen sich die Feisergewerbetreibenden, eine Lohn-erhöhung zu fordern. Eine am 21. Februar stattgefundene Verhandlung führte zu keinem Ergebnis, doch gehen die Verhandlungen weiter. Die Gewerkschaft hofft, daß die Arbeitgeber ihren Wünschen so weit entgegenkommen werden, daß die Lebenshaltung des Feisergewerbetreibenden einigermaßen sichergestellt ist.

Der Streik der Metallarbeiter in Mainz, Wiesbaden und im Rheingau ist nunmehr allgemein geworden. Im Rheingau streiken etwa 15 000 und im Bezirk Wiesbaden und Rheingau etwa 3000 Metallarbeiter. Von dem Ausland sind hauptsächlich betroffen die großen Werke, wie Opel in Rüsselsheim, die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg in Guntausburg und die Waggonfabrik Gebr. Wöfel in Mainz-Rombach.

Die Absperrung in Dänemark führte nach einer Meldung aus Kopenhagen in Odense zu heftigen Zusammenstößen ausgesperrter Arbeiter mit der Polizei, die viele Verhaftungen vornahm.

Lohnbewegung in der österreichischen Metallindustrie. Bei den Tarifverhandlungen haben die Vertreter der österreichischen Metallindustrie eine allgemeine Herabsetzung der Löhne gefordert. Die Betriebsräte der Wiener Metallarbeiter haben gegen diese Forderung scharfste Stellung genommen und die Einberufung einer Reichsbetriebsrätekonferenz gefordert, der der Verhandlungsstand die von ihm beabsichtigte Latit vorlegen soll. Ein eigener Drahtbericht aus Wien meldet uns, daß getrennt die Vertreter der Metallarbeiter mit den Unternehmern verhandelt haben.

Die Bildung eines großen Gewerkschaftsbundes mit mehr als zwei Millionen Arbeitern wurde auf der Konferenz der Führer der Nationalen Eisenbahnergewerkschaft und der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas sowie der ihnen angeschlossenen Gewerkschaften einstimmig gebilligt. Die Verwirklichung der Pläne würde 17 Gewerkschaften unter Führung der Kohlenbergarbeiter und der Eisenbahner zusammenschließen.

Deutscher Fabrikarbeiterverband. Bei der Firma Buhl u. Wagner, Gollfried Heinersdorf, Vereinte Werkstätten für Mosait und Glasmalerei, Treptow, Reichshagen, 72-75, befinden sich die Kollegen der Mosaitabteilung wegen Lohnunterschieden seit Donnerstag im Streik. — Bei der Firma C. Müller, Weihensee, Selbststraße 23-29, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma hat sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Teilnahme an der Beerdigung eines Kollegen ausgesperrt. Wir eruchen, die Firmen zu meiden! Alle arbeiterfreundlichen Mütter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Solnarbeiterverband, Metallinstrumentenarbeiter: Heute 2 Uhr Sonnabendversammlung der Bediensteten- und Kleinrentner im Gemeindefesthaus, Lohnbewegung. Abends 8 Uhr, Sitzung der Branchenkommission. — Rührmacher: Sonntag 10 Uhr in den Andraas-Festhallen, Andraasstr. 21, Versammlung. Stellungnahme zur Lohnbewegung. Beschlußfassung über Streik.

Veranst. für den teat. Zeit: Frau Wilh. Berlin-Glückliche; für Frauen: Th. Glöck, Berlin. Berlin Formate-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Verlag Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einbandstr. 2. Seite 1 Seite 2.

Banflavin-Pastillen
sind geeignet zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhlen besonders bei Grippe, Halsentzündung, Verschleimung
Erfolgreich in den Apotheken u. Drogerien

Großer Verkauf in Frühjahrs- u. Sommer-Neuheiten

Durch günstige Abschlüsse bin ich in der Lage, fast sämtliche Stoffe, trotz der täglichen Preissteigerung, noch zu wirklich billigen Preisen zu verkaufen!

Eolienne beste Qualitäten, Wolle und Seide, 100 cm breit	240.00	195.00	Blusenseide in modernen Streifen und Karos	58.00
Seiden-Cachemire 100 cm br., in vielen Farben	Mtr. 368.00	345.00	Mantelstoffe 130 cm breit, in schönsten Frühjahrsfarben . . .	145.00
Kleiderseide 85 cm breit, in reichlicher Farbauswahl . . .	Mtr. 185.00, 175.00	158.00	Kostümstoffe marine, farbig u. Homespun	in reichlicher Auswahl!

Zur Einsegnung ganz besonders zu empfehlen! Lindener Körper , beste Qual., 70 cm breit, schwarz und alle anderen Farben Meter	178.00	Herrenstoffe 140-160 cm breit, vom billigsten bis zum besten Kammgarn reichlich am Lager	Leinen- und Baumwollwaren sowie Hemdentuche, Barchende, Inlette und sämtliche Qualitäten für Leib- und Bettwäsche in reichlicher Auswahl!
---	---------------	---	--

Berlin SO 36 **Hans Prange** Wiener Str. 15
Telephon: Moritzplatz 7443
Hoch- und Untergrundbahn-Verbindung bis Oranienstraße
— Am Görlitzer Bahnhof —

Die Berliner Kartoffelnot.

Was ein Großhändler sagt.

Das meiste Elend der Kartoffelnot hat uns verursacht. Eben Berliner Kartoffelgroßhändler nach der Ursache dieser Notlage zu befragen. Auf Antwort wendet sich gegen die Preisprüfungsstelle und schreit die größte Schuld dem schlechtesten Richtpreis zu. Daß wir diese Ansicht nicht teilen, wissen unsere Leser. D. Red.

Wie zu erwarten war, sieht die Händlerchaft den Anlaß für die hohen Preise in dem sogenannten „Richtpreis“, d. i. der Preis, den der Produzent, der Bauer also, fordern darf. Mitte Dezember wurde von der Preisprüfungsstelle ein Richtpreis von 75—85 M. für einen Zentner Kartoffeln festgesetzt. Im Handel kosteten Kartoffeln vor Festsetzung dieser Tage 95—100 M. der Zentner. Die erste Folge war, daß die Kartoffelzufuhr von seiten der Produzenten vollkommen eingestellt wurde. Der Bauer erlärte einfach, daß er keine Kartoffeln mehr habe. Hier liegt nach der Meinung des Großhändlers der Schwerpunkt der gegenwärtigen Kartoffelnot! Die Richtpreise müßten aufgehoben werden, dann werde auch die Kartoffel wieder auf dem Markt erscheinen.

Die Preisverderber.

Auf die Frage, warum die Kartoffeln so entsetzlich teuer und wodurch die Preise so gestiegen sind, meint der Händler, daß ein großer Teil der Schuld bei den Hotelwirten liege. Als die Kartoffeln knapper und knapper wurden, führten Beauftragte der Hoteliers in Kassaautos zu den Bauern und man zahlte jeden Preis. Es ist selbstverständlich, daß somit die Preise in die Höhe schnellten. Nur dem energischen Auftreten der Großhändler ist es zu danken, daß eine weitere Preissteigerung verhindert wurde. (Mal na! D. Red.) Denn wenn die Kartoffeln aufhörl, werden die Hotels nicht im geringsten daran denken, selbst ihren Bedarf vom Produzenten zu holen, und somit ist wieder der Bauer vom Großhändler abhängig geworden. Ein weiteres Moment kommt bei der Preissteigerung hinzu. Als vor einiger Zeit in Hannover ein Höchstpreis von 45 M. für den Zentner Kartoffeln festgelegt wurde, war auch hier der Kartoffelmarkt wie ausgestorben. Die Knappheit wurde immer schärfer, und die Folge war, daß alles nach Ost- und Westpreußen und Pommern stürzte, wo man — hier gab es noch keine „Richtpreise“ — Kartoffeln in Hülle und Fülle kaufen konnte. Erst als der Winter einsetzte, fiel es den zuständigen Stellen ein, auch hier dem Preis eine Grenze zu setzen. Zu spät, denn nun waren die Kartoffeln für „das“ Geld nicht mehr zu haben.

Nur Saatkartoffeln sind da.

Wenn es keine Kartoffeln gibt, so hat man doch noch die Gelegenheit, „Saatkartoffeln“ zu kaufen. Der „Richtpreis“ für Saatkartoffeln war 85 M., aber der Produzent darf nach die Spelten darauf schlagen, so daß er den Zentner jetzt schon mit ca. 100 M. trotz der „Richtpreise“ berechnet. Bei „Saatkartoffeln“ hat der Bauer das Recht, einen Zuschlag von 15—20 Proz. zu erheben. Nun muß er, sagt der Großhändler, an den Bauern einen Preis von ca. 115 bis 120 M. für den Zentner zahlen. Dafür erhält er auch Saatkartoffeln. Es ist also nicht ersichtlich, warum die Preisprüfungsstelle einen Preis von 150 M. für angemessen hält — sagt der Großhändler —, denn die Kartoffeln, die er vom Produzenten kauft, kosten jetzt schon 120 M. Dazu kommt nun die Frucht. Laut einer merkwürdigen Bestimmung wird für einen gedeckten Waggon ein Agrarzuschlag von 10 Proz. seines Fassungsvermögens berechnet. Faßt der Waggon 300 Zentner Kartoffeln, so muß für 300 Zentner Frucht bezahlt werden. Da nun die Waggonen höchstens mit 260 Zentner beladen werden, muß demnach für nicht vorhandene 70 Zentner, die gar nicht einmal da sind, Frucht bezahlt werden. Diese Kosten werden auf die übrigen Kartoffeln aufgeschlagen und der Verbraucher hat das „Bergelügen“, auch hier seinen Teil zuzugewinnen. Und das will etwas heißen, denn der Zentner Kartoffeln kostet ca. 18—20 M. Frucht.

Wer ist denn nun der Sündenbock?

Überall und nirgends ist er zu finden, lautet die lakonische Antwort des Großhändlers. Man stößt sich immer wieder darauf, daß die „Richtpreise“ es sind, die den Kartoffelmarkt so furchtbar gestaltet haben. Niemals werden Kartoffeln durch Festsetzung eines Preises billiger werden. Bei allen anderen wirtschaftlichen Produkten, meint er, werden die Preise einigermaßen reguliert und nun will man mit Gewalt (?) eins dieser wichtigsten Produkte davon aus-

Die Sünde im Wasser.

Von Wilhelm Schmidtdonn.

„Ich?“ sagte er und wurde ein wenig rot. „Rein.“ „D.“ sagte sie und rückte näher an ihn. „Ich kenne euch Studenten wohl. Ihr habt immer eine, die ihr eure Flamme nennt. Meistens ist es die Tochter eurer Hauswirtin.“ „Rein. Ich nicht.“ sagte er ernst und einfach wie ein kleines Mädchen. „Wächstest du eine haben?“ fragte sie nach einigen Augenblicken. „Sei doch still.“ sagte er. „Was ist das für dummes Zeug?“ Sie lagen beide und sahen über sich. Die Sonne kam höher und höher herauf. In der Ferne strahlte der blaue Himmel, an dem keine weiße Wolke hing, durch die Zweige. Aus dem ganzen breiten Wipfel um sie quirkte und strömte ein betäubender Duft. Der Baum hatte den ganzen vollen Wassertrunk mit allen Wurzelfasern in sich gezogen und über Nacht ein ganzes grünes Sommerwunder ausgedreht. Eine einsame Biene flog und surrte, und dazu flügelten die Vögel in Scharen in die goldene Luft und lärmten mit tausend Schnäbeln, flogen weg und kamen wieder, flogen weg und blieben. Es wollte ein Tag werden voll Glück und Sonnenjubiläum. Aber den beiden sank trotz der Sonne ihr Mut und ihre Zuversicht schon ein wenig. Sie warteten und horchten. Aber schon hing ihr Worten an, keine Freude mehr zu enthalten und machte ihre Herzen klopfen. „Du.“ begann er, „eine gibt es doch, die mir lieber ist als die anderen.“ Sie hielt den Atem an. „Ist sie schön?“ kam es fast unhörbar von ihren Lippen. Er nickte mit dem Kopf. „Was hat sie für Haare?“ „Blonde, goldene.“ sagte er. „Und ich habe braune, dunkle.“ sagte er. — Sie schwiegen und sahen in den Himmel. Sie mußten die Augen zu, und ihr Atem wurde laut und regelmäßig. Sie hob den Kopf und sah nach ihm. „Schläfst du?“ fragte sie. „Rein, ich träume nur.“ sagte er.

schließen! Die Folge ist, daß der Produzent gar nicht daran denkt, Kartoffeln auf den Markt zu bringen, sondern er versüßert die Kartoffeln an das Vieh und verkauft lieber den Hafer an der Stelle, wo er mehr bekommt! Die Ansichten des Großhändlers darüber, wie wir wieder Kartoffeln bekommen, gehen also dahin, die „Richtpreise“ wieder aufzuheben, ein Wunsch, den die Händler vom ersten Tag der Einrichtung der Richtpreise geäußert haben. Ferner soll das laufende Publikum daran gehen, nur den Tagesbedarf einzukaufen, meint der Händler. Nur dann würden wir ein Sinken der Preise der Kartoffeln erleben. Wozu leihen Endes zu bemerken wäre, daß die meisten Familien seit Wochen keinen einzigen Tagesbedarf haben decken können, weil es eben keine Kartoffeln gab.

Wo bleibt die Gesundheitsbehörde?

Was in einer Mietkaserne möglich ist.

Viele Berliner Mietkassen sind jetzt in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Störungen der Wasser- und Gaszufuhr bleiben Wochen und Monate hindurch bestehen, obwohl die Mieter einen Anspruch auf schleunigste Beseitigung des Mangels haben. Schäden an Gebäudeteilen, Treppentritten und Wohnräumen werden seit Jahren durcheinandergeschleppt, ohne daß zur Ausbesserung etwas Ernstliches geschieht. In manchen Häusern kann man schon beim Eintritt sofort sehen und auch riechen, wie sehr hier die selbstverständlichen Forderungen der Gesundheitspflege vernachlässigt werden. Wenn aus den Straßen der Dreck nicht schnell genug weggeräumt werden kann, schwächt die bürgerliche Presse von „Vorterrwirtschaft des roten Magistrats“. Jeder Mangel, den die durch den Krieg verursachte Geldnot der Stadt auszuwagt, wird höhnend als „Errungenschaft der neuen Zeit“ bezeichnet und als neuer „Beweis der allgemeinen Vermehrung und Verlotterung“ hingestellt. Will einer die Vermehrung vieler Wohnhäuser und die wachsende Unehäufung von Dreck in manchen Mietkassen ebenfalls auf das „Schuldkonto der Revolution“ setzen? Da haben bürgerliche Blätter mit einem Male die Entschuldigung, daß den Hauswirten die Kostenlast zu schwer sei.

Wänter findet man so tolle Zustände, daß man fragen muß, warum hier nicht längst eine Behörde eingeschritten ist. Im Hause Boackstraße 25 waren in den Frosttagen des Monats Januar die Wasserleitungen und die Klosettanlagen eingefroren — und nach heute werden die Mieter darauf, daß die Wasserzufuhr wieder hergestellt wird und die Klosetts wieder benutzbar werden. Seit nun einem vollen Monat sind sie genötigt, ihr Wasser von anders woher heranzuschleppen, entweder von einem Straßenbrunnen, der am Beragen ist, oder aus einem fremden Hause, dessen Wirt begrifflicherweise sich gegen die Mehrbelastung seines Wasserkontos wehrt. Im zweiten Quergebäude sind ein paar der auf den Treppentritten untergebrachten Klosetts tatsächlich bis zum Ueberlaufen mit Kackenschot gefüllt, der seit Wochen darin liegt. Wenn wir die Treppe hinaufsteigen, schlägt uns der Gestank entgegen und wir treten in eine verdächtige Lauge, die auf den Flur hinausfließt und die Stufen hinunterläuft. Manche Mieter müssen bei der Umdrehung dieser Klosetts zu Notbehelfen greifen, die sich der Beser selber ausmalen möge. Spuren davon hat man oft auf dem Hofe sehen können, wo die benutzten Geschirre ausgeleert wurden. Vor vierzehn Tagen bereits waren zwei Mieter bei der Saupolizei, um dort diese Dinge zu schildern. Sie wurden an das zuständige Polizeibureau gemiesen, aber bis heute haben sie auf Beseitigung der geradezu ungläublichen Schweinerei vergeblich gewartet. Wenn in diesem Hause ein an Ruhr oder Typhus Erkrankter wohnt, so müßten sich für die übrigen Hausbewohner die allerschwersten Gesundheitsgefahren ergeben. Seit langem fehlt übrigens auch die Treppenbeleuchtung, diese sogar schon seit etwa sechs Monaten, so daß Zeitungsboten die Bestellung der Zeitungen verweigern wollen. Wenn der Eigentümer, der natürlich nicht selber in dieser Miet-

kaserne wohnt, sondern eine vermutlich „hochherrschafftliche“ Wohnung in Charlottenburg hat, nicht für Abhilfe sorgt, so muß die Behörde ihn dazu zwingen. Es wäre zu wünschen, daß für solche Häuser eine Zwangsverwaltung angeordnet werden könnte, deren Kosten selbstverständlich der Eigentümer zu tragen hätte.

Holland in Berlin.

Nach dem Empfang beim Oberbürgermeister verjammelten sich die in Berlin anwesenden Mitglieder des Vereins zur Förderung der Hollandkunde im Ausland und der Deutsch-Niederländischen Gesellschaft (Berlin) am Nachmittag im Hörsaal der Aula der Universität, wo holländische Abgeordnete und Industrielle über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Niederlande zu Deutschland und den übrigen Staaten sprachen. Prof. Dr. Schumacher begrüßte im Auftrage des Rektors Prof. Kernst die Gäste und erinnerte in seiner Ansprache an die regen wissenschaftlichen Beziehungen, die von jeher zwischen deutschen und holländischen Universitäten bestanden haben, und sprach die Hoffnung aus, daß das geistige Band zwischen den beiden Staaten in Zukunft noch fester werden möge als bisher — Darauf begrüßte der Vorsitzende der Vereinigung „Von Neerland in den Breuden“, Abg. de Kanter (Dordrecht), die Erachtungen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Holland die Weltkrisis bald überwinden und mit seinen Nachbarstaaten, insbesondere mit Deutschland, wieder die alten guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aufnehmen könne. — In längerem Vortrag schilderte dann Abg. Dr. H. C. Drefelung (Groningen) die internationale Lage Hollands. — In einem ebenso interessanten wie launigen Vortrag schilderte Direktor A. Heldring (Amsterdam) die holländische Industrie vor und nach dem Kriege. — In die Vorträge schloß sich denn ein vom Abg. Dr. med. de Hartogh erläutertes Film an, der in anschaulicher Weise Hollands Rüste und das Hinterland, seine öffentlichen Einrichtungen und industriellen Anlagen zeigte.

Der russische Aktenraub.

Das nationalistisch-kommunistische Votvortri.

Die Verhandlung in dem Prozeß wegen des Aktenraubes bei dem russischen Oberst von Frenberg wurde gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III wieder aufgenommen; es ergaben sich aber im Anfang gleich wieder neue Schwierigkeiten. Die Zahl der den Geschworenen vorzuliegenden Schuldfragen ist inzwischen auf 112 angewachsen. Rechtsanwält Theodor Dieckhoff stellte die Notwendigkeit weiterer Zeugenvernehmungen über die Persönlichkeit des Obersten v. Frenberg in Aussicht, ebenso erklärte der Angeklagte Braun, daß er den gestrigen freien Tag dazu benutzt habe, um weiteres Material dafür zu sammeln, daß v. Frenberg tatsächlich ein polnischer Agent gewesen sei. Der Angeklagte wiederholte nochmals seine Behauptung, daß er im Auftrage eines Angehörigen der rechtsstehenden Parteien gehandelt habe, um die politischen Machinationen des v. Frenberg festzustellen.

In der Aussprache über die Ladung weiterer Zeugen verzichteten die Rechtsanwälte Dr. Oskar Cohn, Siegfried Weinberg und Dieckhoff auf die Stellung neuer Anträge. Ein Geschworener erklärte darauf, daß es doch erwünscht sei, in dieser Angelegenheit möglichst restlose Aufklärungen zu erhalten. Nun hielt der Vorsitzende dem Angeklagten Braun vor, daß er bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung laut Protokoll nichts davon gesagt habe, daß er von einer nationalgefehlten Persönlichkeit zur Beschaffung der Papiere des v. Frenberg bestimmt worden sei, sondern daß er damals angegeben, er habe als Mitglied der kommunistischen Partei gehandelt. Angell, Braun behauptete demgegenüber, daß er vor seiner protokollierten Vernehmung in einem privaten Gespräch dem Kriminalkommissar Scherler die ganzen Zusammenhänge erzählt und auch mitgeteilt habe, daß sein Auftraggeber ein Vertrauensmann nationalgefehlter Kreise sei, daß er nur zum Schein mit den Kommunisten in Verbindung getreten sei, um dort mandats zu erfahren. Der Kommissar habe sich dann entfernt und das Protokoll sei von dessen Assistenten aufgenommen, in diesem aber nichts von seinen Angaben über seinen Auftraggeber, den er nicht nennen wolle, vermerkt worden. Der Vorsitzende hielt gegenüber dieser Behauptung die weitere Vernehmung des Kommissars Scherler und des protokollierenden Beamten für durchaus notwendig, da letzten Endes doch eine Fällung des Protokolls behauptet zu werden scheint. Nach längerer Beratung verordnete Landgerichtsdirektor Dr. Brecht den Beschluß des Gerichts dahin: die Sache wird vertagt. Zur neuen Verhandlung sollen noch geladen

„Rein. Gar keinen.“ „Doch. Ich höre deinen Magen bis hierher.“ Er nahm ihre Hände in seine. „Du arme Greie.“ sagte er. „komm auf meinen Schoß.“ Ein Lachen und ein Schäumen ging über ihre braunen Augen, die ein wenig tief in den Wadenknochen lagen, wie oft bei den rheinischen Mädchen. Er zog sie an sich, sie tat die Arme um seinen Hals und legte den Kopf an seine Schulter. „Wie schön das ist.“ sagte sie leise. Er schwieg. Sie sahen lange und träumten und redeten nicht. Schon sank die Sonne hinter ihnen. Aber die Wärme und der Duft um sie nahmen immer noch zu. — Sie hatte die Augen geschlossen. Und er sah vor sich in das grüne Gezeig und lautete nicht mehr und wartete nicht mehr. Eine Traurigkeit sank langsam auf beide nieder. „Wir müssen sterben.“ sagte sie mit einem Male. Er lachte nicht, er sah sie nicht an und war still. Plötzlich trug es der Wind ganz von fern wie den Schall eines Kapellenglücks zu ihnen. Beide waren wie erstarrt. Sie hielten den Atem an und lauschten mit offenem Mund. Es war eine fremde Glocke, die sie nie gehört hatten. Er bog die Zweige auseinander, als ob er's sehen wollte. Er schüttelte den Wipfel über sich, um das Vogelgeschrei verstummen zu machen. Aber sie hörten nichts mehr. Ein Ritzern war in beide gekommen. Keines sprach. — Die Vögel über ihnen lärmten mehr als je. Sie jubelten noch einmal auf, ehe sie schlafen gingen. Sein suchte mit den Augen in dem Wipfel über sich. „Was willst du?“ fragte sie. „Nach oben will ich und Umschau halten.“ „Weißt du — du solltest eine Fahne machen und sie hoch oben an die Spitze stecken.“ Er kletterte ihr bei und kletterte hinauf. Sie sah ihm zu. Die Vögel flogen scharenweise auf und kreischten und umflatterten den Baum. Er kletterte höher, die rote Sonne schlug auf ihn, der dünne Stamm beugte sich wie eine Weide und schaukelte mit ihm im Winde. Er machte seine Augen klein und schloß sie mit der Hand gegen die blendende Lichtüberfülle der im Horizont stehenden Sonne und blickte wie ein Adler nach allen Seiten. Aber nichts war zu sehen, als immer nur der Waldrand mit dem Kirchturm und der niedere Rücken der Berge. (Fortsetzung folgt.)

Sie ließ den Kopf sinken und horchte auf ihn, dann führte sie langsam ihre Hand an seinen Fuß, von dem er den beschmutzten Strumpf gezogen hatte, und berührte leise seine Zehen. Sie befühlte — wie Kinder, die spielen — eine nach der anderen. Sie schob ihre Nägel in seine Nägel. Sie strich mit den Fingerpitzen über seine Ferse und den ganzen Fuß. Dann rückte sie an ihn und zog seine beiden Füße in ihren Schoß und faltete die Hände darüber. Ohne die Augen zu öffnen, legte er seine Hände auf die ihren. „Hast du Hunger?“ fragte er nach einer Weile. „Ja du, gib noch etwas zu essen her.“ „Ich habe nichts mehr, arme Greie.“ Sie lachte, holte den kleinen Kamm, den sie in ihrer Tasche trug, heraus, und ordnete ihm das schlafverdrückte Haar. — Die Sonne stand im Mittag. Die beiden waren still. Immer mehr begann nur noch das eine Gefühl in ihnen zu zittern: die Angst — kommt denn? Ist kein Boot zu sehen? Ist keine Stimme, kein Aberschlag zu hören? So lagen sie eine Stunde nach der anderen. Er hatte seine Uhr auf ungefähr gestellt. Aber er sah nicht danach, wenn sie ihn hat, um nicht über das Jagen der Stunden — bei aller Langsamkeit — zu erschrecken. „Du.“ sagte sie, „mein linkes Bein ist eingeschlafen.“ Sie zog sich die Strümpfe ab, die der Schmutz gesteuft hatte, und bewegte das hängende Bein wie einen Pendel hin und her. Dann hielt sie den nackten Fuß bis über die Knöchel ins Wasser. „Nun will ich zusehn, wie's an meinem Bein in die Höhe steigt.“ sagte sie. Er antwortete nicht, trock auf seinem Ast bis ans Ende, daß er ins Wasser hing, und hielt Umschau. Er setzte die Hände an den Mund und rief über das Wasser hin, das bis an die flimmernden Berge hin eine einzige blühende Fläche bildete — langgedehnte Rufe, steigend, von unten nach oben, wie die Rufe der Schiffer auf dem Rhein. Und jedesmal wartete er eine Weile und horchte. Aber alles blieb still, und immer wieder sah er und immer wieder rief er. „Komm zu mir.“ sagte sie. „Ich fürchte mich allein.“ Und er lehnte langsam zu ihr zurück. — Wieder saßen sie und warteten. Sie stellten ihren Fuß auf seinen. Sie betrachteten den Mädchenfuß und den Jünglingsfuß und wunderten sich über die Andersartung. „Hast du Hunger?“ fragte er wieder.

Gymnasium hatten wir fest, allerdings muß es reformiert werden. Durch eine Differenzierung des Unterrichts auf den Oberschulen werden wir viel erreichen. (Der Minister bespricht dann den Ausbau der staatlichen Anstalten, des Wilhelms-Gymnasiums und der Realschule.) Die ungeheuren Staatszuschüsse rechtfertigen sich nicht mehr. Wir müssen vorwärtsstreben zur Selbstziehung unserer Jugend durch Freiheit.

Die Schulgemeinde verlangt große sittliche Reife. Mit Zwang läßt sie sich nicht schaffen. Parlamentspleierei taugt nichts. Die Wandertage sind zu begrüßen. Die körperliche Erleichterung läßt auf Willen und Charakter. Der Anstaltsleiter kann nicht in jedem Falle prüfen, wenn er Schulküchen zur Verfügung stellt. Mikariffe lassen sich nicht ganz vermeiden. Der Fall des Feldwebels Kaul, der in Oberfeld vor Schülern wüste Reden gehalten hat, ist dauerhaft und wird geprüft. Meines Wissens ist Kauf als Schwindler entlarvt und inzwischem verhaftet worden. Wir wollen auch im Schulwesen unser Vaterland wiederaufbauen und heißen die Mitarbeit aller Richtungen willkommen. (Beifall.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Pflug (Dnt. Sp.), Dominicus (Dem.), Grebe (Str.) Kapf. Abg. Prelle (D. Hannov.) über ungerechte Staffelung der Schulgelder der Stadt Hannover.

Sonnabend 11 Uhr: Weiterberatung. — Schluß 5 Uhr.

Wirtschaft

Verkaufes Staatseigentum.

Berlin, 24. Februar. (WZ.) Der anhaltliche Staat verkaufte den gesamten Besitz an Aktien des Kalkwerks Salzdelfurth nicht, wie eine Berliner Korrespondenz fälschlich meldete, für 90, sondern für 112,5 Millionen Mark an ein unter Führung des Berliner Bankiers Hugo Herzfeld stehendes Bankensortiment. Die Veräußerung erfolgte in erster Linie deshalb, weil der Unterhändler, der Direktor eines angehenden Kalkwerks, erklärte, nur dadurch könne der Übergang der Aktienmehrheit von Salzdelfurth an das Ausland verhindert werden.

Der Verkauf, um den es sich hier handelt, bezieht sich auf die Anteile des Staates anhalt am Kalkwerk Salzdelfurth, das insgesamt 21 000 Aktien ausgegeben hat. Der Staat behält davon 2400, also wenig mehr als ein Neuntel. Er hat sie um einen unerbürdlichen hohen Preis veräußert, weil die sachmännische Ansicht dahin ging, daß nur so der Verkauf an das Ausland verhindert werden könne. Dieser Verkauf an das Ausland ist seit jeher vorgespiegelt worden, wenn rücksichtslos die Wirtschaft getrieben wurde. Das Bankhaus Herzfeld hat sich dabei besondere „Verdienste“ erworben.

Frägt man nach den Gründen, die das Bankhaus Herzfeld zu dem hohen Angebot bewegen haben, so findet man die Antwort darin, daß dieses durch seine von allen Steuern freie Unternehmung sich an der Bildung eines neuen Großkonzerns der Kalkindustrie interessiert hat, welches die Werke Leopoldsdahl, Wilsdorf und Salzdelfurth umfassen soll. Damit erklären sich auch die Kurstriedereien für Kalkwerke in der letzten Zeit.

Tief bedauerlich ist an dem Vorgang, daß sich nun wieder ein Bundesstaat seiner Rechte auf einen Teil der Bodenschätze entäußert hat. Der Staat verliert in der Kalkindustrie, die unter den ersten zur Sozialisierung auszuwählenden Industrien sich befindet, ein immerhin nicht zu unterschätzendes Verfügungsrecht. Der

Vorgang ist um so bedauerlicher, als er nicht allein das Reich, sondern der anhaltliche Staat hat für sein Verhalten eine Entschuldigung darin, daß er in jedem Falle von der Sabotage der Interessenten bedroht war. War doch zu befürchten, daß die im Besitz der Aktienmehrheit von Salzdelfurth befindliche Kapitalistengruppe den Ertrag des Wertes herabsetzen würde, indem sie mit anderen Unternehmungen ungünstige Verträge abschloß. Dazu kam die ungeheure Höhe des gebotenen Preises. So konnte die Wahl zwischen dem unrentablen Betrieb und dem hohen Verkaufspreis nicht schwer fallen. Der Verlust ist gleichwohl beträchtlich, weil Salzdelfurth bei weitem als das beste Werk der deutschen Kalkindustrie bekannt ist.

Es wirkt sich die Frage aus, wie in Zukunft eine solche Verschönerung des Staatseigentums vermieden werden kann. Durchgreifende Sicherheit dagegen bietet nur die Sozialisierung der Bodenschätze. Nur wenn der Staat selbst Eigentümer des Kalkbergbaues ist, kann er sich vor den Ederofflungsgeboten eines Bankiers, der vor dem Kriege noch ein kleiner Mann gewesen ist, schützen. Die sozialistische Korrespondenz und mit ihr die „Freiheit“ hat aus diesem belagerten Vorfall den Schluß gezogen, daß die Einziehung der Aktien der Salzdelfurth ist irrig, weil zu spät. Nicht vor dem Kriege im Kalk, sondern vor einem Geschäftsmann hat sich die Autorität eines Freistates beugen müssen. Die fünf Millionen, die Herzfeld den leidenden deutschen Studenten gestiftet hat, sind bei dem Geschäft sicherlich reichlich wieder herausgekommen.

Um aber ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, wäre es zum allermindesten erforderlich, daß ein Sperrgesetz erlassen wird, das die Veräußerung deutscher Bodenschätze, die nach der Reichsverfassung ja im Dienste der Volksgemeinschaft stehen sollen, verbietet und die fraglichen Werte dem Reich verfallen läßt, wenn irgendein böhmischer Versuch unternommen wird. Der Vorschlag klingt radikal, er ist es keineswegs. Er zieht nur den Schluß aus dem, was die Reichsverfassung zugunsten der Gemeinschaft fordert, ohne daß bisher genügend gesehen wäre, um dieses Recht des Volkes auf seinen Besitz zu schützen.

Verlängerung der Kapitalfluchtgesetzgebung. In den ersten Märztagen wird dem Reichstag eine Gesetzesvorlage zugehen, die die Verlängerung der bestehenden Kapitalfluchtgesetzgebung bis vorläufig zum 31. März 1923 vorseht. So unvollkommen die bestehenden Gesetze gegen die Kapitalflucht auch sind, und so wenig man sich verhehlen darf, daß viele Milliarden trotz dieser Gesetze den Weg über die Grenze finden, so wenig ist zu bezweifeln, daß diese Gesetzgebung vorläufig nicht aufgehoben werden kann. Wenn es auch richtig ist, daß besonders durch die Übertragung von Kapitalien auf das Konto von Ausländern sowie durch die Benutzung des unbewachten Grenzverkehrs sich immer noch große Summen der Besteuerung zu entziehen vermögen, so gibt die Kapitalfluchtgesetzgebung den Behörden doch viele Möglichkeiten, die Geldverchiebung nicht ins Ungemessene wachsen zu lassen. Ergebnisse der Überwachung des Postverkehrs in eingeschriebenen und Geldbriefen für die Zeit vom Oktober 1919 bis September 1920 zeigen deutlich, welche Riesensummen ungehindert ins Ausland fließen würden, wenn man die Kapitalfluchtgesetzgebung aufhob. Und so oft es auch gelingen mag, einige Millionen Mark über die Grenze zu schaffen, die Befürchtung, gefloht zu werden und den ganzen Betrag zugunsten des Reichs beschlagnahmt zu sehen, ist doch so groß, daß viele derartige Versuche von vornherein unterbleiben. Aus diesen Gründen hat denn auch der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats, dem dieser Entwurf zur Begutachtung vorgelegt worden ist, mit überwältigender Stimmenmehrheit beschlossen, die Kapitalfluchtgesetzgebung zur Beibehaltung zu empfehlen, und zwar mit der Forderung, daß es infolge des gesunkenen Wertes des deutschen

Geldes für die Folge gestattete sein soll, bei Reisen ins Ausland statt des bisherigen Höchstbetrages von 3000 M. 20 000 M. mitzuführen können.

Erhöhung der Tabaksteuer. Der Reichsfinanzminister hat die Tabaksteuer für Zigaretten im Kleinverkaufspreis von 25, 30, 40 und 50 Pf. das Stück mit Wirkung vom 15. März d. J. ab um 20 Prozent erhöht.

Was ist das europäische Geld wert? Einer Zusammenstellung des „Federal Reserve Board Bulletin“ zufolge hätten die europäischen Währungen im Verhältnis zum Parwert des amerikanischen Dollars Dezember 1921, in Prozenten ausgedrückt, folgende Werte (Kaufkraft): Belgien 39 Proz., Dänemark 72 Proz., England 85 Proz., Deutschland 2 Proz., Frankreich 41 Proz., Holland 90 Proz., Italien 23 Proz., Norwegen 57 Proz., Schweden 92 Proz., Schweiz 101 Proz., Spanien 78 Proz. Neben der schweizerischen Währung ist nur noch der in China im Umlauf befindliche Tael besser als der Dollar. Japan und Mexiko haben ihren Wert gegenüber dem Dollar eingebüßt. Die Zahlen gestalten sich jedoch anders, wenn sie nach der Bedeutung gemessen werden, die der Dollar für die einzelnen Länder hat, was wiederum vom Handelsverfall dieser Länder mit den Vereinigten Staaten abhängt.

Deutschlands Handel mit England. In einer der letzten Unterhausdebatten unterbreitete ein Vertreter des Handelsamts auf Wunsch eines Abgeordneten dem Hause die amtlichen englischen Ziffern über den deutsch-englischen Handel in den Jahren 1920 und 1921. Danach erreichte die deutsche Einfuhr nach England im Jahre 1920 einen Gesamtwert von 30 252 000 Pf. Sterl., im Jahre 1921 einen Gesamtwert von 20 550 000 Pf. Sterl. Die englische Einfuhr nach Deutschland betrug sich dem Werte nach im Jahre 1920 auf insgesamt 51 059 000 Pf. Sterl., im Jahre 1921 auf 40 720 000 Pf. Sterl. zurückgegangen. Hieran entfielen auf Erzeugnisse und Manufakturwaren Großbritanniens 21 707 000 Pf. Sterl. im Jahre 1920, 17 832 000 Pf. Sterl. im Jahre 1921. Die englische Einfuhr ausländischer und kolonialer Erzeugnisse und Manufakturwaren nach Deutschland hatte 1920 einen Wert von 29 882 000 Pf. Sterl., 1921 einen Wert von 22 897 000 Pf. Sterl. Hierbei ist zu bemerken, daß die Ziffern für 1920 noch den Handel mit Komet, Dänzig, dem früheren deutschen Teil Polens und dem jetzt dänischen Teil Schleswigs einschließen, die Zahlen für 1921 den Handel mit diesen Gebieten jedoch nicht mehr berücksichtigen.

Fusion englischer Eisenbahnen. Drei große englische Eisenbahngesellschaften, die ein Kapital von über 400 Millionen Pf. Sterl. vertreten und mit einem Schienennetz von mehr als 14 000 englischen Meilen, sind auf dem Wege zu einer Fusion begriffen. Die Verfügungen des Eisenbahngesetzes von 1921 haben dieser Entwicklung den Weg bereitet. Dennoch sind nämlich die Eisenbahnen in vier Gruppen geteilt worden, die den gleichen Betriebsvorschriften und der Staatskontrolle unterliegen. Die in dieselbe Gruppe gehörenden Eisenbahnen wurden dadurch zur Fusion erzwungen. Die vielgelobte Konkurrenz wird auf diesem Wege ausgeschaltet, es bleiben eben nur die Dividenden für die Aktionäre.

M. SCHULMEISTER
KOTTBUSER TOR
Moderne, fertige Herrenkleidung
Feine Herren-Maßschneiderei
Einsegnungs-Anzüge

Edm. Herzberg
Kaufhaus, Südseite 41, am 22. u. 24. März 1923.
Die Einführung findet am Samstag, den 23. Februar, nachm. 5 Uhr im Krematorium Baumgarten, Kottbusertor, statt.
Um 22 u. 24. März findet am Sonntag, den 27. Februar, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Baumgarten, Kottbusertor, statt.
Rud. Wildberger
Kaufhaus, Südseite 41, am 22. u. 24. März 1923.
Die Einführung findet am Samstag, den 23. Februar, nachm. 5 Uhr im Krematorium Baumgarten, Kottbusertor, statt.
Agnes Erbsich
Kaufhaus, Südseite 41, am 22. u. 24. März 1923.
Die Einführung findet am Samstag, den 23. Februar, nachm. 5 Uhr im Krematorium Baumgarten, Kottbusertor, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lützowstraße 83 85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.
Wichtige! Betriebsräte Wichtige!
(Arbeiter- und Angestelltenräte der Metallindustrie).
Montag, den 27. Februar, abends 6 Uhr, im Stahlhofwerk Moabit, 41-42/43/44.
Versammlung
sämtlicher Betriebsräte der Metallindustrie (Arbeiter- und Angestelltenräte).
Tagungsordnung: Vortrag über: Gültigkeit der Tarifverträge. Referent: Herr Dr. Glucke, Leiter der nationalsozialistischen Abteilung des DAV.
Satzung des DAV. Referent: Herr Dr. Glucke, Leiter der nationalsozialistischen Abteilung des DAV.
Montag, den 27. Februar, nachm. 5 Uhr, in der Madonnenstraße, 41/42/43/44.
Vollversammlung
aller in der Glühbirnenindustrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.
Tagungsordnung: 1. Unsere Ziele und Arbeitsbedingungen in der Industrie. 2. Bericht von den Betriebsräten.
Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt!
11A7 Die Ortsverwaltung.

Erleichterte Zahlungsbedingungen!!
Herren - Kleidung nach Maß
mit Fernarbeit - maßliche Preise
(Annahme von Stoff zur Anfertigung)
Auf Wunsch Verrechnungsbuch
Julius Fabian
Große Frankfurter Str. 47, II
Kottbusertor 1923

Garderobe
auf bequemste
Teilzahlung
bei billiger Preisberechnung
HERREN - DAMEN - ANZUG, COUTURE, KOSTÜME, HÄHNCHEN, KLEIDER, REGENMÄNTEL
Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringerstr. 67.

GOLD - Silber - Platin - Bruch
Schmuckstücke, Ringe, Zahngehäuse usw.
kaufen stets zu ganz besonders hohen Preisen
Gebr. Fuhrmann
Nollendorferstraße 39

Zim alim Puzin
wird Stoff immer noch geliefert, dabei war er stets sehr billig. Er ermöglicht der Hausfrau gute Ergebnisse. Ist auch praktisch und bequem. Wer ihn richtig verwendet, wird ihn nicht mehr entbehren wollen.
Nachen Sie bitte einen Versuch!
Erdlich in Kolonialwaren-, Drogengeschäften und Apotheken.

Wir suchen dringend
neues eröffnetes Geschäft
Hubert Hommelshelm & M. B. H.
Königgrätzer Straße 123
Telephon: Amt Zentrum 1913.

Rum Rot- u. Süßweine Cognac
noch enorm billig
solange altes Lager vorhanden
J. F. Rauch
En gros N 4, Bergstraße 34, Norden 8214, 8216
Filialen:
Potsdamer Straße 84, Hof.
Gontardstr. 4, Alexanderplatz.
Gr. Frankfurter Straße 112, neben Landstr.

Emser Notgeldsammler
welche über den Wert ihrer Sammlung stets informiert sein wollen, verlangen „Monatliche illustrierte Preislisten“ mit über 100 Abbildungen.
Postcheck: Hamburg 4712
Victor Engelmann, Kiel

Brillanten
Schmuckstücke jeder Art, insbesondere große, feine Platin-, Gold- und Silbergegenstände, gold. Uhren, Ketten, Ringe kaufen zu unüberbittlichen Preisen.
Wir sind die höchstzahlende Stelle.
Berliner Juwelenverwertungsstelle
Lützowstraße 92
Laden im Haus von der Potsdamer Straße.

Gardinen Haus Neukölln
25. Bergstr. 26.
Spezialhaus für Innendekoration
Hervorragende Angebote!!
Gardinen * Stores * Bettdecken
Künstlergardinen in Tüll, Etamine u. Madras
Bettvorleger * Läufertücher * Diwanddecken
Steppdecken * Gobelins * Wachstücher
Sachgenüßige Beratung in allen Angelegenheiten der Innendekoration
++ Kostenanschläge gratis ++
Fernsprecher: Neukölln 4394.

Gold- u. Silber - Brillanten etc.
zahl die höchsten Tagespreise
Juwelen - Einkaufs - Gesellschaft
Berlin
Am Spittelmarkt, Neußstraße 12

Almetalle
en gros
von Fabrikanten und Händlern
Robert Bader & Sohn, Berlin SO 26
Fernsprecher: Marienpl. 67 u. Mariannenplatz 22
Vertreterbesuch = Freie Abholung

Möbel
nach zu
billigen Preisen
solange Vorrat reicht
Bar od. Teilzahlung
bei kleiner An- und Abzahlung
Bürgerliche
Wohnungseinrichtung.
Wohnzim., Schlafzim.,
Speisezimmer, Herrenzim.,
Bunte Küchen
Einzelmöbel
Liefere auch n. ausw.
Lagerung kostentl.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 88
5 Min. v. Alexanderpl.
Fil. Badstr. 47/48
5 Min. v. S.B. C. M. O. B. B.

Zur Messe in Leipzig:
Zeisighaus, 3. Stock, Zimmer 227a



Central-Theater
7 Uhr: Das Defektivmüdel
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Margarete
Friedr. Wilhelms. Th.
8 Uhr: Der Juxharon
Intimes Theater
8: Experiment/Nymphe
Gustave, es blüht
Klein. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Der keusche
Lebemann
Lustspielhaus
8 Uhr: Der Werwolf
Metropol-Theater
7 Uhr: Die Bajadere
Neues Operetten-Th.
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Schäm' dich Lotte
Stg. 3 1/2
Rumpelstilchen
Neues Theater am Zoo
7 1/2 Uhr: Scampolo
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Die Falscher
Schiller-Th. Charlag.
8 Uhr: Die Schmetter-
lingschlächter
Schloßpark-Th Steglitz
Schloßstr. 43
Kleines Haus:
7 1/2: Extrapolale
Großes Haus
7 1/2: Shackletons
Südpolexped.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Die Herren
von und zu...
Theat. am Nollendorfpl.
7 1/2: Kaufmann, Veerdig
7 1/2: Die Ehe im Kreise
Theater des Westens
7 1/2: Der Tanz ins Glück
Th. d. Kommandant Str.
(100. Kündler-Th.)
7 1/2 Uhr: Grüne Feider
Wallner-Theater
7 1/2: Die Spitzekönigin
Walhalla-Theater
8 Uhr: Mondscheindame

Als Qualitätsmarken außerdem beliebt:
Weinbrand Scharlachberg Gold
Weinbrand Bierschnitt
Verteiler:
Carl S. Bisenhofer,
Berlin W 50, Fiechter Str. 3,
Tel. 5. 4124 524.

Komische
7 1/2 Oper 7 1/2
Dir. Jam. Klein
Die große
Revue
**Der Herr
der Welt**
Max Landa
Bruno Kattner
Sacha Dura
Witt. Harstede
Franz Gross
Paul Wollner
Lotte Weikert
Herta Richter
Erna Alberti

Internat.
Schaubühne
Varieté
Sess. 7 1/2. halh.
Pr. 2. voll. Prag.

Theater, Lichtspiele usw.
Opernhaus
Die Zauberflöte
7 Uhr
Schauspielhaus
Lumpazivagabundus
7 1/2 Uhr
Deutsch. Theat.
8: Die Wölfe
Sonntag 8: Die Wölfe
Kammerspiele
7 Uhr zum 1. Male:
Die Erziehung durch
Kolibri
Stg. 7 1/2: Die Bücher
der Paedora
8: Die Erziehung
durch Kolibri
Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2: Orpheus in der
Unterwelt
Stg. 7 1/2: Daniels Tod
7 1/2: Orpheus in der
Unterwelt
Theater L. d.
Königgrätz. Str.
Täglich 7.30 Uhr:
Die wunderlich. d. Kapell-
meisters Kreisler
Phantastisches Melodram
(42 Bildern) von Carl
Meinhard und Rudolf
Bernauer. Musik von
E. K. v. Reznicek
Komödienhaus
Täglich 7.30 Uhr:
Karussell
mit
Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Art. Roberts
Berliner Theat.
Täglich 7.30 Uhr
Einer von
unsere Leut'!
mit Carl Clowing, Leo-
car Sabo und Oskar
Haskel

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 Uhr: König Lear
Lessing-Theat.
Heute und morgen 7 1/2:
Faust (Dorsch,
Grünig,
Janning, Leos)
Montag 7 1/2: Flamme
(Dorsch)

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2: Orpheus in der
Unterwelt
Stg. 7 1/2: Daniels Tod
7 1/2: Orpheus in der
Unterwelt
Theater L. d.
Königgrätz. Str.
Täglich 7.30 Uhr:
Die wunderlich. d. Kapell-
meisters Kreisler
Phantastisches Melodram
(42 Bildern) von Carl
Meinhard und Rudolf
Bernauer. Musik von
E. K. v. Reznicek
Komödienhaus
Täglich 7.30 Uhr:
Karussell
mit
Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Art. Roberts
Berliner Theat.
Täglich 7.30 Uhr
Einer von
unsere Leut'!
mit Carl Clowing, Leo-
car Sabo und Oskar
Haskel

Kleines Theater
Haben Sie nichts
zu verzollen?
Sonnt. 4 Uhr kleine Pr.
Der Herr
Trianon-Theat.
Täglich 8 Uhr
Der große Erfolg!
Elga
(Veldt, Becker, Tietz)
Sonnt. 4 Uhr kl. Preise:
Mein Freund Teddy

Russ.-Deutsch. Theater
Der blaue Vogel
Goltzstraße 3
Nollendorf 161
Anfang 8 1/2 Uhr
Vorstellung abendlich

Das Tagesgespräch von Berlin:

Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

Phantastisches Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen in
3 Teilen (42 Bildern) von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer, Musik
mit teilweiser Benutzung von Motiven aus E. T. A. Hoffmanns Oper „Undine“
und Mozarts „Don Juan“ von E. N. von Reznicek
Regie: Carl Meinhard und Rudolf Bernauer
Hauptdarsteller:
Ludwig Hartau / Alfred Abel / Charlotte Schulz / Paul Bildl
Frieda Richard / Robert Scholz / Robert Klupp / Ernst Dernburg
Paul Rehkopf / Hermann Pichä / Heinz Alexander / Willy Appelt
Rudolf Jünger / Ernst Behmer u. a. m.

Täglich 7.30 Uhr im Theater i. d. Königgräßer Str.

Bei dieser Aufführung gelangt die von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer erdachte Neuver-
der Raumtelling und des beschleunigten Szenenwechsels zum ersten Male zur Anwendung.
Dieses Problem wurde von Svend Gade übernommen und mit besonderer Berücksichtigung
der Raumverhältnisse des Theaters i. d. Königgräßer Str. praktisch gelöst.
Bühnenbilder und maschinelle Erfindungen: Svend Gade.

42 künstlerische Bühnenbilder i. d. Zeit von 1/2 8 Uhr bis gegen 10 Uhr:

Vorspiel:

1. Die Tafelrunde der Scapionsbrüder.	16. Julius Zimmer.	30. Bühneneingang.
2. Loge i. Potsdamer Hoftheater.	17. Klosterakademie.	31. Die Bühne des Hoftheaters zu
3. Krollers Studiokammer.	18. Julius Zimmer.	32. Dresden (Opernaufführung).
4. Hochzeitstag Donna Anna.	19. Wohnzimmer bei Fa-	33. Bühneneingang.
5. Theaters Zimmer.	20. Julius Zimmer.	3. Teil: „Donna Anna“
6. Julia Zimmer.	21. Bad im Hause des Reiches.	34. Theaters Zimmer.
	22. Julius Zimmer.	35. Die Bühne des Hoftheaters in
	23. Theaters Zimmer.	36. Potsdam (Opernaufführung).
	24. Saal im Schloss zu Dresden.	37. Theaters Zimmer.
	25. Die Keller Kreislers (Nach-	38. Theaters Zimmer Nr. 23.
	26. Theaters Zimmer.	39. Theaters Zimmer.
	27. Amtszimmer des Ministers.	40. Theaters Zimmer.
	28. Schloßpark.	41. Die Bühne des Hof-
	29. Kreisler bei der Arbeit (Nach-	42. Theaters Zimmer.
	30. Theaters Zimmer.	

Apollo-Theater
Dir. Jam. Klein
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Rund um die Welt!
Jos. Ervachene
ein Kind frei!
Ermäßigter Preis:
8 Uhr
Rund um die Welt!
I. d. Hauptrollen:
Eise Berna
Martina Kettner
Fritz Steidl
Eise Reval
Alfred Walters
Maria Veiglbörger
Marlen Itting

Theater d. Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 Uhr: 1001 Nacht
7 1/2 Uhr:
Die Gräfin von Kempinski
Casino-Theater
Lehring-Str. 31 Tagl. 7 1/2
Die neue Berliner Fosse
Familie Gänseklein
Vorher: Lachende Liebe
(Ges.-Posse m. d. neuest.
Schlager „Bumme! trotz“)
Stg. 3 1/2 D. letzte Stunde

Admirals-Palast
Keine Vorstellung
1. Redoute
Morgens 11 u. 7 1/2 Uhr:
Futuristisches Karneval
Die Prinzessin v. Trapezont
im Gespensterschloß

Verkäufe
Konsortienzüge,
Winterpolletts zu Raum-
und billigen Preisen.
Wag. Hermannstraße
200, früher Krollen-
straße. 84/7.

Möbel
Kleinstbetten
100.-, Polsterbetten,
Reichholz, billige
Gehäufigkeiten, Spiegel,
Kleider-, Schrank-
schränke, 223 1/2.

Kaufgesuche
Fahrräder,
Umlaufbahn 15, 1500.
Metallschmelzer,
Kleinstbetten, 223 1/2.

Vermietungen
In Potsdam, Berlin
1000, 1500, 2000, 2500,
3000, 3500, 4000, 4500,
5000, 5500, 6000, 6500,
7000, 7500, 8000, 8500,
9000, 9500, 10000.

Reichshallen-Theater
Altenbühl 7 1/2 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr
Stettiner
Sänger
Nachm. halbe Pr.
Dönhoff-
Brettel
Anf. 7 1/2 Uhr

FOLIES CAPRICE
Littenstr. 132
Täglich 7 1/2 Uhr
D. Liebeskanappe
Das Kästchen
Die falsche Nummer
Frd. Grünbecher, R. Bergl
Dir. Strobel

Patente erwerben
werden
Ing. Jaeger & Dr. Drescher,
Berlin, Ottobruner Str. 100c
Brosch. u. Beratg. gratis.

Wickler
für Gleich- u. Drehstrommotoren, sowie
älteren Modelltischler
stellen ein
Maffei-Schwartzkopff-
Werke G.m.b.H., Wildau, Kr. Teichow

Wickler
für Gleich- u. Drehstrommotoren, sowie
älteren Modelltischler
stellen ein
Maffei-Schwartzkopff-
Werke G.m.b.H., Wildau, Kr. Teichow

Wickler
für Gleich- u. Drehstrommotoren, sowie
älteren Modelltischler
stellen ein
Maffei-Schwartzkopff-
Werke G.m.b.H., Wildau, Kr. Teichow

Wickler
für Gleich- u. Drehstrommotoren, sowie
älteren Modelltischler
stellen ein
Maffei-Schwartzkopff-
Werke G.m.b.H., Wildau, Kr. Teichow

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 105/14
Heute Sonnabend, den 25. Februar:
Boekbier-Fest
Großer Alpenball
— 8 Kapellen —
Eintritt 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Boekbier-Fest
Großer Alpenball
— 8 Kapellen —
Eintritt 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Boekbier-Fest
Großer Alpenball
— 8 Kapellen —
Eintritt 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Boekbier-Fest
Großer Alpenball
— 8 Kapellen —
Eintritt 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Boekbier-Fest
Großer Alpenball
— 8 Kapellen —
Eintritt 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Boekbier-Fest
Großer Alpenball
— 8 Kapellen —
Eintritt 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Boekbier-Fest
Großer Alpenball
— 8 Kapellen —
Eintritt 6 Uhr Anfang 7 Uhr

CIRCUS BUSCH
10. Nachtrag
zur Sitzung der
Allgemeinen Kreis-
trantentafel Nieder-
barnim in Berlin
13. September 1913.
vom 31. Oktober
1912.

Die Kreisversammlung der
Allgemeinen Kreis-
trantentafel Nieder-
barnim in Berlin vom
13. September 1913.
vom 31. Oktober 1912.

Die Kreisversammlung der
Allgemeinen Kreis-
trantentafel Nieder-
barnim in Berlin vom
13. September 1913.
vom 31. Oktober 1912.

Wickler
für Gleich- u. Drehstrommotoren, sowie
älteren Modelltischler
stellen ein
Maffei-Schwartzkopff-
Werke G.m.b.H., Wildau, Kr. Teichow

Wickler
für Gleich- u. Drehstrommotoren, sowie
älteren Modelltischler
stellen ein
Maffei-Schwartzkopff-
Werke G.m.b.H., Wildau, Kr. Teichow

Wickler
für Gleich- u. Drehstrommotoren, sowie
älteren Modelltischler
stellen ein
Maffei-Schwartzkopff-
Werke G.m.b.H., Wildau, Kr. Teichow

Wickler
für Gleich- u. Drehstrommotoren, sowie
älteren Modelltischler
stellen ein
Maffei-Schwartzkopff-
Werke G.m.b.H., Wildau, Kr. Teichow

Wickler
für Gleich- u. Drehstrommotoren, sowie
älteren Modelltischler
stellen ein
Maffei-Schwartzkopff-
Werke G.m.b.H., Wildau, Kr. Teichow

Wickler
für Gleich- u. Drehstrommotoren, sowie
älteren Modelltischler
stellen ein
Maffei-Schwartzkopff-
Werke G.m.b.H., Wildau, Kr. Teichow